

Stadtarchiv
Tübingen
Bibliothek

UM
252a/1950

Rechenschaftsbericht

der Stadtverwaltung der Universitätsstadt Tübingen über das Kalenderjahr 1950

Erstattet in der Gemeinderatssitzung am 15. Januar 1951 durch Oberbürgermeister Dr. Mülberger

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger! Verehrte Anwesende!

EINLEITUNG

1. Vorwort

Der Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung über das Kalenderjahr 1950 erfolgt heuer nicht wie im Vorjahr im Rahmen einer Bürgerversammlung, sondern als Verlautbarung der Stadtverwaltung vor dem Gemeinderat. Daneben wird Ihnen eine besondere Ausarbeitung des Städtischen Kulturamts über die Aufgaben dieses städtischen Bereichs übermittelt.

Wiederum liegt ein Jahr mühevoller kommunaler Aufbauarbeit hinter uns. Charakterisiert wurde diese Periode allerdings nicht durch die engeren kommunalen Ereignisse, sondern durch Veränderungen in der weltpolitischen Lage und in der besonderen Lage unseres Volkes.

2. Weltpolitische Lage

Seit Mitte des Jahres 1950 — seit dem Ausbruch des Korea-Konflikts — hat die weltpolitische Situation eine tiefgehende Veränderung erfahren. Diese hat sich in einer verschärften Wirtschaftslage und Finanzlage für Bund, Länder und Gemeinden ausgewirkt.

Die Frage der Sicherheit und das Problem eines anteiligen Beitrags unseres Volkes zur Verteidigung Europas haben gerade in den letzten Wochen eine von Tag zu Tag kritischere Allgemeinsituation geschaffen. Die verhängnisvolle Spaltung Deutschlands in Ost und West besteht unverändert fort. Schritte zur Klärung der Einigungsmöglichkeit beider Teile und der Beseitigung der Spannungen zwischen Amerika und Sowjetunion sind eingeleitet.

Unter diesem Aspekt gesehen mag deshalb der Rechenschaftsbericht unserer Stadtverwaltung für einen weiteren Bereich von keiner allzu großen Bedeutung erscheinen. Dennoch wollen wir uns mit Ablauf des Kalenderjahres 1950 darüber klar werden, ob auch wir all das geplant, eingeleitet und erfüllt haben, was die Zeit von einer tatkräftigen und vorausschauenden Stadtverwaltung verlangt hat.

3. Deutsche Lage

Im Zuge der Entwicklung der Deutschen Bundesrepublik hat die Aktivität der Bundesinstanzen im Verhältnis zu den Ländern eine wesentlich gesteigerte Bedeutung erhalten. Als besondere Marksteine sollen das I. Wohnbaugesetz und das Bundesversorgungsgesetz erwähnt werden. Vor allem lastet auf der Bundesregierung die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes.

Um andere schwierige Probleme wie Steuerreform, Lastenausgleich und Mitbestimmung der Arbeitnehmer wird noch entscheidend gerungen.

Die Bildung des Südweststaats ist auf Länderebene gescheitert. Der Erfolg der Behandlung durch den Bund ist nicht abzusehen.

Die im Sommer 1948 geschaffene DM-Währung hat weiterhin ihren Bestand erhalten, wenn auch seit Mitte vergangenen Jahres weltwirtschaftlich bedingte Preisveränderungen das Lohngefüge erschütterten und mehrfach zu Lohnhöhungen führten.

Die Zwangsbewirtschaftung der vergangenen Jahre ist zwar im Kalenderjahr 1950 fast völlig beseitigt worden. Dennoch zeigen sich auf Grund der weltwirtschaftlichen Entwicklung schon wieder neue Rohstoffverknappungen. Insbesondere ist bei Kohle, Wolle, Holz, Stahl und Nicht-Eisenmetallen erheblicher Mangel aufgetreten und haben sich dadurch Preissteigerungen ergeben.

Die Zahl der Arbeitslosen ist wesentlich zurückgegangen. Infolge der Prosperität der deutschen Wirtschaft konnten noch zusätzliche, vor allem weibliche Kräfte in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Im besonderen war Tübingen während der Berichtszeit fast frei von Arbeitslosigkeit.

4. Dank an Gemeinderat

Ehe ich nun mit dem eigentlichen Rechenschaftsbericht beginne, lassen Sie mich wieder einer persönlichen Ehrenpflicht genügen, nämlich Ihnen allen herzlich Dank zu sagen für Ihre tatkräftige und erfolgreiche Arbeit als Repräsentanten der Bürgerschaft. Wir in unserem Kreise brauchen uns nicht gegenseitig zu loben, sondern erkennen in Dankbarkeit die Pflichterfüllung jedes einzelnen an, die er in Tag- und Abendstunden ehrenamtlich auf dem Tübinger Rathaus geleistet hat.

Eine große Zahl von Sitzungen und Besichtigungen hat stattgefunden. Während das Plenum des Gemeinderats im Jahr 1949 fast 500 Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung behandelt hat, standen dieses Jahr 506 Fragen von allgemeinem Interesse zur Beratung des Plenums. Dieses Arbeitsvolumen wurde durch den Gemeinderat in 31 Plenarsitzungen bewältigt, und zwar 14 öffentlichen und 17 nichtöffentlichen Sitzungen. Seine Ausschüsse und Abteilungen haben in über 250 (im Vorjahr 227) Sitzungen und 65 (im Vorjahr 66) Ortsbesichtigungen die geschäftsplanmäßige Vorarbeit dazu geleistet. Ein Überblick über die Sitzungen der einzelnen Ausschüsse und Abteilungen ist als Anlage 1 beigelegt.

Bei diesen Beschlußfassungen und Beratungen waren die gemeinderätlichen Kollegien sich immer ihrer Verantwortung gegenüber unserer Bürgerschaft voll bewußt. Wie im vergangenen Jahr kann ich mit großer Befriedigung und vorbehaltlos feststellen, daß sich Verwaltung und Gemeinderat in grundsätzlichen Fragen einig waren und die meisten Beschlüsse mit überwiegender Mehrheit und sehr oft einstimmig gefaßt wurden. Hierbei ließen sich die Stadträte nicht

von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten, sondern sie wirkten im Geiste einer Politik der Hilfsbereitschaft für unsere in Not befindliche Bürgerschaft, im Geiste der Aufgeschlossenheit und Sachlichkeit. Wichtige bauliche Entscheidungen erfolgten nicht vom grünen Tisch, sondern erst nach Klärung durch Ortsbesichtigung.

Im vergangenen Jahr hat die Bevölkerung ein gesteigertes Interesse für unsere kommunale Arbeit gezeigt. Auf sechs Bürgerversammlungen hat die vorjährige Aktivität unserer Stadt vielseitige Anerkennung gefunden. Die drei Bürgerversammlungen des Jahresbeginns 1950 dienten der Bekanntgabe des vorjährigen Rechenschaftsberichts der Stadtverwaltung und führten in den Stadtteilen Lustnau und Derendingen zu einer lebhaften Erörterung der lokalen Aufgaben. Die weiteren drei Bürgerversammlungen im November 1950 sollten der Skizzierung der gegenwärtigen kommunalpolitischen Situation dienen, konzentrierten sich in der Debatte aber hauptsächlich auf das Für und Wider der Neckarbrückenerweiterung.

In der Berichtszeit — im Februar 1950 — hat unser Gemeinderat einen schmerzlichen Verlust erlitten. Tiefbewegt haben wir den Vorsitzenden der Rathausfraktion der DVP, unseren lieben Stadtrat Georg Kocher unter größter Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Sein Nachfolger im Gemeinderat wurde als Vertreter der DVP Postpräsident a. D. Wirthle.

5. Dank an Mitarbeiter

Neben meinem Dank an die Mitglieder des Gemeinderats möchte ich auch meinen Mitarbeitern bei dieser Gelegenheit nochmals in aller Öffentlichkeit den herzlichen Dank und die Anerkennung aussprechen. Beamte, Angestellte und Arbeiter, an deren Spitze der hochverehrte Herr Stadtdirektor Asmuß, haben im Jahr 1950 bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gearbeitet und wirklich Erfolgreiches geleistet. Im einzelnen komme ich darauf noch zu sprechen.

Rechenschaftsbericht

I. WOHNUNGSBAU

1. Allgemeines

Auch im vergangenen Jahr stand das Wohnungsproblem wieder an der Spitze unserer kommunalen Arbeit.

Vorweg ist festzustellen, daß alle im Jahr 1949 noch nicht vollendeten 98 Wohneinheiten im Verlauf des Kalenderjahrs bezogen wurden.

Für das Kalenderjahr 1950 ist auf dem Bausektor charakteristisch, daß sich mehr als in anderen Städten private Bauherren an der Schaffung von Wohnraum beteiligten. Auch sind zahlreiche staatliche und Gewerbebauten entstanden. Dadurch konnte unser örtliches Bauhandwerk in besonders eindrucksvoller Weise seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Gleichzeitig wurden dem weitverzweigten Bau- und Baunebengewerbe in Tübingen und Umgebung bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Aufträge vermittelt und dadurch zur Stärkung der örtlichen Wirtschaftskraft beigetragen.

2. Sozialer Wohnungsbau

Auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus wirkten sich in verstärktem Maße das Erste Wohnungsbaugesetz des Bundes und die staatl. Bauförderungsmaßnahmen aus. Die aus öffentlichen Mitteln bereitgestellten Kapitalien wurden durch einen im Jahr 1950 erweiterten Verteilungsausschuß in 7 Sitzungen an Bauinteressenten zugewiesen. Diese Mittel gliederten sich teilweise in unverzinsliche Baudarlehen des Landes Württemberg-Hohenzollern, teilweise in erst- und zweitstellige verzinsliche Darlehen der Kreissparkasse, der Girozentrale, der Landeskreditanstalt und anderer Geldgeber.

An öffentlichen Mitteln wurden bereitgestellt:

1. aus Aufkommen an Wohnbaugabe 1949	109 000 DM
2. aus dem Allgem. Wohnungsbauprogramm	1 113 900 DM
3. aus dem I. Sonderbauprogramm für Lastenausgleichsberechtigte	990 000 DM
4. aus dem II. Sonderbauprogramm (Herbstbauprogramm)	244 800 DM
5. für Besatzungsverdrängte	1 000 000 DM
6. für die Besatzungsmacht	2 200 000 DM
	<hr/>
	5 657 700 DM

3. Ergebnis der Wohnbautätigkeit 1950

In der Gemeinderatssitzung am 16. Dezember 1950 erstattete ich Ihnen bereits Bericht über die Wohnbautätigkeit des Jahres 1950. Zusammenfassend darf ich nochmals feststellen, daß im Rahmen der Wohnbautätigkeit 1950

	Wohn-	Zim-
	ein-	mer
	heiten	
a) aus dem Allgemeinen Bauprogramm	132	—
aus den Sonderbauprogrammen 1950	124	—
aus sonstiger geförderter Wohnbautätigkeit	2	63
	<hr/>	<hr/>
	258	63
in Angriff genommen bzw. bezogen wurden.		
b) ferner sind an nicht mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauten im Werden	339	45
Insgesamt also	<hr/>	<hr/>
	597	108

Dabei sind nicht berücksichtigt die 50 Wohneinheiten für besatzungsverdrängte Tübinger Familien, für welche Ende des Jahres 1950 1 Million DM zur Verfügung gestellt wurde,

und die 55 Wohneinheiten der Besatzungsmacht. Von letzteren sind ja bis jetzt in zügiger Weise 24 Unteroffizierswohnungen an der Eugenstraße und 6 Gebäude mit je 4 Offizierswohnungen an der Ludwigstraße, Hechinger Straße, Aulenriethstraße und Schickhardtstraße begonnen, teilweise bis zum Rohbau beendet worden.

Es ist zu hoffen, daß auch die Planung und Vergebung der Bauvorhaben der Besatzungsverdrängen in der nächsten Zeit zum Abschluß kommt und damit auch diese Bauvorhaben an der Kiesackerstraße in Angriff genommen werden können.

4. Dank an Regierung, Ländtag, Geldgeber, Baugesellschaften und Verteilungsausschuß

Wenn wir auf den Ablauf des Wohnbauprogramms zurückblicken, so müssen wir mit aufrichtiger Dankbarkeit der großen Initiative und finanziellen Hilfe unserer Regierung, des würdt. Landtags und der geldgebenden Stellen gedenken. Über 34 Millionen DM sind für den sozialen Wohnungsbau nach Tübingen geflossen. Aber nicht minder soll die Tatkraft und der Unternehmerrgeist unserer gemeinnützigen Baugesellschaften und privaten Bauherren lobend erwähnt werden.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen m. b. H. hat im Jahr 1950 58 neue Wohnungen bezogen, weitere 110 Wohneinheiten in Angriff genommen.

Die Kreisbaugenossenschaft hat in der Stadt Tübingen ein Wohnbauprogramm von 85 Wohneinheiten, das teils zum Jahresende, teils im Frühjahr d. J. erfüllt wird.

Die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft Südwürttemberg-Höhenzollern mbH. Sigmaringen (GSW) hat insgesamt 16 Wohneinheiten in der Gartenstadtsiedlung im Rohbau erstellt.

Mitglieder der Postbaugenossenschaft konnten in der Eberhardstraße 12 Wohneinheiten und an der Jahnstraße 4 Wohneinheiten beziehen.

Staat und Universität schaffen insgesamt für 42 Familien neue Wohnungen in der Wilhelm- und Naukerstraße und an der Walddeckstraße in Lustnau.

Insgesamt sind bis Jahresende zusammen mit den privaten Bauherren 234 Wohneinheiten mit einem Bauaufwand von 3 730 000 DM bezugsfertig geworden. 185 Wohneinheiten stehen im Rohbau mit einem Bauaufwand von 3 400 000 DM, 176 Wohneinheiten sind im Ausbau begriffen mit einem Bauaufwand von 2 290 000 DM.

Zusammen also: 597 Wohneinheiten mit einem Bauaufwand von insgesamt 9 420 000 DM (im Vorjahr rund 8 000 000 DM).

Dabei möchte ich auch der verantwortungsvollen und oft kritisierten Tätigkeit des Verteilungsausschusses dankbar gedenken, der meist einstimmig die zur Verteilung stehenden Mittel vergeben hat; ferner der unermüdeten Arbeit von Stadtmann Hartter, der die Bausuchenden in ihren finanziellen Wünschen immer so vorbildlich und tatkräftig unterstützt hat.

5. Erfahrungen

Nachteilig war im Jahr 1950 wie schon im Vorjahr das verspätete Anlaufen des Wohnungsbauprogramms, zum andern die sich neuerlich von Monat zu Monat verschärfende Lage auf dem Baustoffmarkt: Dachziegel, Leitungsrohre, Glas, Schlösser u. a. m. sind wieder Mangelware und hindern den zügigen Ausbau.

Für das Kalenderjahr 1951 sind die Aussichten für den Wohnungsbau leider nicht rosig. Bis Spätherbst 1950 sollte das Bundeswohnungsministerium das Wohnbauprogramm für 1951 bekanntgeben. Die Entwicklung ließ den Bund diese Absicht trotz optimistischer Erklärungen des Bundeswohnungsministers Wildermuth bis heute noch nicht verwirklichen. Auch fehlt das dringend notwendige Baulandenteilungsgesetz. Mit erschwelter Finanzierung und weiterer Verknappung und Verteuerung der Baustoffe ist zu rechnen. Facharbeitermangel ist ebenfalls bemerkbar.

Alles in allem müssen wir deshalb befürchten, daß durch die Forderung nach Sicherung von Westeuropa unser Wohnbauprogramm des kommenden Jahres nur noch in beschränkterem Umfang möglich sein wird.

6. Auswirkung des Wohnungsbaus auf die Stadt:

a) Grundsteuern

Bekanntlich sind seit 1. Januar 1950 alle Neubauten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus für 10 Jahre von der Grundsteuer befreit. Wir haben ausgerechnet, daß dies bei

gleichbleibendem Bauvolumen wie im vergangenen Jahr für die Stadt in den nächsten 10 Jahren etwa 1,3 Millionen DM an Grundsteuer ausfall bedeuten würde.

b) Bürgschaften

Die Stadt hat im Jahr 1950 übernommen:

1. die hälftige Ausfallhaftung gegenüber der Landeskreditanstalt für 81 Bauherren mit zusammen 1 995 500 DM
- gegenüber der Kreissparkasse Tübingen für 5 Bauherren mit zusammen 9 500 DM

Insgesamt 2 005 000 DM

2. selbstschuldnerische Bürgschaften für 5 Bauherren mit zusammen 50 000 DM

c) Grundbesitz

Für den Wohnungsbau wurden aus dem städt. Grundbesitz insgesamt 10 ha und 96 a im Werte von 563 000 DM verkauft. Erbbaurechte wurden über Flächen von 6 ha 48 a mit einem Grundstückswert von 471 500 DM bestellt.

Der Stadteilt Lustnau ist durch diese Grundstücksbereitstellung am Ende seines Grundvermögens. Tübingen-Stadt und Derendingen werden bald auch nicht mehr für den Wohnungsbau baureifes städtisches Gelände zur Verfügung stellen können. Deshalb war es sehr zu begrüßen, daß durch die Stadtverwaltung im Jahr 1950 als teilweiser Ersatz rund 11 ha 65 a angekauft werden konnten, die allerdings erst in den nächsten Jahren beim Wachsen unseres Baugebietes in die Erschließung mit einbezogen werden können.

d) Erschließungskosten

Bei der Finanzierung des Wohnungsbaus wird leider ein Punkt in der Regel außer Acht gelassen, der für die Gemeinden die größte Belastung darstellt, und das sind die Kosten für die Erschließung des Baugebietes. Auch die Stadt Tübingen hat im vergangenen Jahr mehrere 100 000 Mark für Erschließung von Baugebiet, d. h. für die Herstellung von Straßen und für die Einlegung von Kanalisation, Gas, Wasser und Elektrizität ausgegeben. Von diesem Aufwand erhält die Stadt nur einen Bruchteil ersetzt durch Anliegerleistungen und Dolenbeiträge der Bauherren, die an diesen Straßen bauen. Der größere Teil der Erschließungskosten geht endgültig zu Lasten der Stadt und damit der Gesamtheit der Bürgerschaft. Dies stellt einen außerordentlich hohen mittelbaren Beitrag für den Wohnungsbau dar. Besonders ungünstig wirkt sich dabei die Tatsache aus, daß, an den erschlossenen Straßen, auch an solchen, die neuerdings mit großem Aufwand geschaffen werden, ein wesentlicher Teil des baureifen Geländes nicht für die Bebauung zur Verfügung gestellt wird. Die für die Erschließung dieser Grundstücke aufgewendeten Mittel liegen damit auf Jahre und vielleicht auf Jahrzehnte hinaus brach. Diese Tatsache rechtfertigt die dringende Forderung der Gemeinden nach Schaffung eines Gesetzes über die Enteignung von baureifem Gelände, von sogenannten Baulücken.

7. Wohnungslage Tübingens

Leider müssen wir feststellen, daß beim Wohnungsamt insgesamt die Zahl von 1164 Wohnungssuchenden zu Beginn des Jahres 1950 auf 1583 Wohnungssuchende gewachsen ist. Von der Besatzungsmacht sind immer noch 439 Wohnungen und 202 Einzelzimmer requiriert. Hoffen wir, daß das Wohnungsbauprogramm für Besatzungsverdrängte und der Eigenwohnbau der Besatzungsmacht in diesem Jahr eine fühlbare Erleichterung schafft. Noch sind 160 im Durchgangslager Niedernau lebende Heimatvertriebene aus der Herbstumsiedlung 1950 in Tübingen unterzubringen und 50 Spätheimkehrer, 21 Pendlerfamilien aus dem Kreis der Flüchtlinge warten seit Jahren auf eine Wohnung in unserer Stadt.

Ich richte aus diesem Anlaß erneut den dringenden Appell an alle Mitglieder des Gemeinderats, sich bei der Zusage von Wohnungen an nicht dringende und nicht bevorrechtigte Wohnungssuchende Zurückhaltung aufzuerlegen. Es soll keinesfalls einer Zurückdrängung der Wohnrauminteressenten unserer einheimischen Bevölkerung das Wort geredet werden. Auf der anderen Seite ist aber bei den Heimatvertriebenen, Spätheimkehrern und in Notquartieren Untergebrachten so viel Wohnraumbedarf aufgestaut, daß der einigermaßen untergebrachte einheimische Bürger unter diesen Umständen noch wird zurückstehen müssen.

Die Wohnungslage in Tübingen ist dadurch ungünstiger als in anderen Städten geworden, weil Tübingen im Jahr 1950 in erhöhtem Maße mit Besatzungseinheiten und deren Familien belegt worden ist. Mit einer Verstärkung der Gar-

nison im Jahr 1951 ist zu rechnen. Der dadurch in Anspruch genommene, für die deutsche Zivilbevölkerung ausfallende Wohnraum fehlt für die Unterbringung der zahlreichen Wohnungssuchenden. Dazu kommt der noch immer ununterbrochene Strom von Sowjetzonenflüchtlingen und Neuzuziehenden auf Grund der Wiederherstellung der Freizügigkeit.

8. Wohnungsbewirtschaftung

Noch unterliegt bekanntlich der Altbau der Wohnungsbewirtschaftung. Wenn auch die Stadtverwaltung froh wäre, das Wohnungsamt abschaffen zu können, so sprechen doch zwingende Gründe dagegen. Abgesehen von der gesetzlichen Unmöglichkeit würde wohl kaum eine Altbauwohnung künftig für sozial Bedürftige und Kriegsoffer oder in Tübingen unbekannte Heimatvertriebene zur Verfügung stehen. Ihnen aber gilt mit unsere erste Wohnraumsorge.

Ich erwähnte schon die Steigerung der Zahl unserer Wohnungssuchenden von 1164 auf über 1580. Die Wohnraumerfassung, die wir im Frühjahr 1950 mit 15 Helfern in über viermonatiger Arbeit durchgeführt haben, kostete die Stadt über 15 000 DM. Sie ergab für Tübingen einen Bestand von 4609 Gebäuden mit 8356 Wohnungen und 29 421 Zimmern. Die Gemeindegewohnungsbehörde hat im Jahr 1950 durch Erfassung unterbelegten Raums und infolge Freiwerden oder Wegzugs von Mietern 1471 Einzelzimmer (gegenüber Vorjahr 665 mehr) und 619 Wohneinheiten (gegenüber Vorjahr 228 mehr) vergeben.

Wie im Vorjahr erfolgte die Zuweisung in erster Linie an solche Familien, die nach dem Gesetz eine bevorzugte Unterbringung beanspruchen konnten:

	1949	1950
Soziale Gründe	94	153
Heimatvertriebene	21	148
Werkwohnungen	65	58
Universität	27	45
Staatliche Stellen	20	36
Räumungsurteile	20	30
Körperbehinderte	21	25
Spätheimkehrer	—	15
Prioritätsfälle	11	11
Politisch Verfolgte	13	4
Sonstige einschl. Besatzungsverdrängte und Eigenheime	119	94
	391	619

Bei diesen Zahlen darf nicht außer acht gelassen werden, daß z. B. die Familie manches Spätheimkehrers durch die Heimkehr gleichzeitig auch als dringender Sozialfall, mancher Körperbeschädigte auch gleichzeitig als Heimatvertriebener bevorzugt berücksichtigt wurde, in obiger Aufstellung aber nur bei der einen oder anderen Kategorie erwähnt werden konnte. Die statistischen Zahlen können also von den beteiligten Interessentengruppen nicht ohne weiteres für oder gegen ihre genügende Berücksichtigung ausgewertet werden.

Der städtische Wohnungsausschuß hat in 9 Sitzungen über 96 schwierige Fälle behandelt, die Wohnungsabteilung in 16 Sitzungen über 219 Einsprüche entschieden.

Daß diese Organe sich bei ihren Entscheidungen grundsätzlich an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten, aber auch mit Herz der begründeten Notlage im Einzelfall Rechnung getragen haben, mag ihnen dadurch bewiesen werden, daß bei insgesamt 66 Beschwerden, welche vom Innenministerium entschieden wurden, nur in 11 Fällen eine teilweise oder gänzliche Aufhebung der gemeindlichen Entscheidung erfolgt ist. Dabei läßt sich auch bei diesen abändernden Beschwerdeentscheidungen in einen oder anderen Fall der Standpunkt der gemeinderätlichen Wohnungsabteilung nach wie vor sehr wohl vertreten.

Wohnungstausche wurden in 170 Fällen für Wohnungen (gegenüber dem Vorjahr 66 mehr) und für 30 Einzelzimmer genehmigt.

Alles in allem gesagt hat sich auch im Jahr 1950 die Arbeit der Gemeindegewohnungsbehörde und die Tätigkeit des Wohnungsausschusses und der Wohnungsabteilung zum Wohl unserer Bevölkerung ausgewirkt. Dies muß um so mehr hervorgehoben werden, weil neben den technischen Ämtern gerade das Wohnungsamt und seine wenigen Männer und Frauen fast täglich im Mittelpunkt der Kritik unserer Bevölkerung stehen. Den Mitarbeitern beim Wohnungsamt, an der Spitze Stadtoberinspektor F a u s e r, gebührt für ihre undankbare, aber doch so verantwortungsvolle Arbeit unser besonderer Dank.

9. Preisbehörde für Mieten und Pachte

Auch die Preisbehörde für Mieten und Pachte wurde lebhaft in Anspruch genommen. Im einzelnen wurden vermerkt:

- 21 Anträge auf Mietpreiserhöhung
16 Anträge auf Mietpreissenkung
72 Anträge auf Mietpreisfestsetzung.

In der Hauptsache handelte es sich um Wohnungen von Flüchtlingen und Einzelmietern. In der Berichtszeit ist es in vielen Fällen gelungen, durch Einigungsverhandlungen zwischen Vermieter und Mieter die Anrufung des staatlichen Mieteinigungsamts beim Amtsgericht zu vermeiden.

II. PERSONENSTANDWESEN

Beim Standesamt Tübingen wurde folgende Bevölkerungsbewegung festgestellt:

1. Einwohnerzahl

Die Einwohnerzahl ist auf Grund der Volkszählung vom 13. September 1950 auf 37 278 Einwohner festgestellt worden (gegenüber der letzten Volkszählung von 1946 mithin ein Zuwachs von 2933 Personen). Diese Zahl gibt aber insofern ein unzutreffendes Bild, als viele Studenten, die zusätzlich Tübinger Wohnraum in Anspruch nehmen, infolge der Semesterferien bei der Volkszählung nicht voll erfaßt werden konnten. Außerdem ist die gesamte franz. Garnison mit ihren Familienangehörigen bei der Volkszählung nicht erfaßt. Man kann ihre Zahl aber unbedenklich auf mehrere tausend Personen schätzen. Im einzelnen beträgt die Einwohnerzahl

von Tübingen:	28 734
Lustnau:	5 136
Derendingen:	3 408

III. ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSLAGE

1. Arbeitsbeschaffung

Westdeutschlands wirtschaftspolitische Lage war 1950 durch eine weitere Intensivierung des güterwirtschaftlichen Aufschwungs gekennzeichnet. Dafür bieten den umfassenden Beweis die Statistiken unseres Arbeitsmarktes. Der mit fast 2 Millionen zu Jahresbeginn erfaßte Bestand an Arbeitslosen ist bis Ende September um fast 750 000 auf 1,27 Millionen abgesunken. Damit wurde erstmalig der Vorjahresbestand um 42 000 Personen unterschritten. Der relativ noch hohe Stand der Arbeitslosen ist weitgehend durch Neuzugang an Arbeitskräften aus dem Kreis der bisher nicht erwerbstätigen Frauen begründet. Nahezu ein Drittel aller Erwerbslosen sind heute Frauen.

Neben dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ist aber noch viel symptomatischer für die Konjunkturentwicklung die Zunahme der Beschäftigten. Wurden im September 1949 noch 13,6 Millionen Beschäftigte gezählt, so hat sich diese Zahl bis zum September 1950 auf 14,3 Millionen erhöht. Die Arbeitsmarktsituation ist also gegenüber dem Vorjahr völlig verändert. Nicht nur der Neuzugang an Arbeitskräften von mehreren hunderttausend wurde restlos absorbiert, sondern auch noch ein erheblicher Teil der bisher bestehenden Arbeitslosigkeit beseitigt.

Dementsprechend hat sich bis in die letzten Monate auch die Industrieproduktion ausgewirkt. Dessen sind wir auch in Tübingen täglich Zeuge. Viele Werke arbeiten laufend in mehreren Schichten. Im Bundesgebiet ist der Produktionsindex der Industrie — bei einer Vergleichszahl 100 für das Jahr 1936 — im September 1950 auf 121 festgestellt worden und hat sich damit gegenüber dem Vorjahrsstand um etwa ein Drittel gehoben.

Mögen auch die Einzelhandelsumsätze in den letzten Monaten nach der Korea-Hausse zurückgegangen sein, so wird doch nicht vergessen werden dürfen, daß das laufende Verbrauchsniveau gegenüber dem Vorjahr infolge gesteigerter Kaufkraft der Beschäftigten allgemein höher ist. Der Handel beginnt wieder seine Lagerbestände zu ergänzen. Damit erhält aber auch Gewerbe und Industrie neue Arbeit und Aufträge, wenn man die schon auftretenden Engpässe der letzten Wochen auf dem Rohstoffgebiet nicht als einen entscheidenden konjunkturellen neuen Faktor werten will und muß.

Auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung sind bei dieser Gesamtlage im vergangenen Jahr erfreulicherweise auch in Tübingen kaum nennenswerte Schwierigkeiten aufgetreten. Entsprechend dem allgemeinen Landesdurchschnitt von Südwürttemberg mit 1,3 pro Tausend Personen war die Arbeitslosigkeit in Tübingen kein Problem. Unter diesen Umständen waren auch die geplanten Notstandsarbeiten der Stadt nicht nötig. Andererseits trat durch den Zuzug neuer Heimatvertriebener

den.

Durch Erlass des Wirtschaftsministeriums wurde die städt. Preisbehörde als Gutachterstelle für die finanziellen Maßnahmen des Landes zur Förderung des Wohnungsbaus eingeschaltet.

Ungeklärt ist noch die Abwälzung der Mehrbelastung der Althausbesitzer durch die erhöhten Hausgebühren und die Soforthilfeabgabe auf die Mieter.

2. Bevölkerungsbewegung

a) Geburten

Stadt einschl. Vororte	545 (i. Vorjahr 542)
Kliniken (Ortsfremde)	995 (i. Vorjahr 1091)

b) Eheschließungen

	380 (i. Vorjahr 318)
--	----------------------

c) Sterbefälle

Stadt einschl. Vororte	315 (i. Vorjahr 280)
Kliniken (Ortsfremde)	538 (i. Vorjahr 554)

3. Sühneamt

In diesem Zusammenhang weise ich auch auf die vom Rechtsamt ausgeübte Friedensgerichtsbarkeit hin.

In der Berichtszeit wurden beim Sühneamt 47 Anträge auf Vornahme eines Sühneversuchs gestellt. 16 Sühneversuche waren erfolgreich, 16 Fälle sind gescheitert. In 15 Fällen ist der Beschuldigte nicht erschienen. Von 32 durchgeführten Sühneverhandlungen sind demnach 50 Prozent erfolgreich gewesen.

nach Tübingen nicht etwa die befürchtete Arbeitslosigkeit ein, sondern nach der Sachverständigenäußerung unserer Industrie- und Handelskammer haben diese Neubürger sogar wesentlich zur Hebung der wirtschaftlichen Kraft unseres Landes beigetragen. Auch unsere Spätheimkehrer konnten fast ausnahmslos in Arbeit gebracht werden.

Durch den vorbildlichen Einsatz des Internationalen Bundes für Kultur- und Sozialarbeit hat eine Gruppe von aus dem Osten gekommenen arbeitslosen Jugendlichen beim Wasserleitungsbau auf dem Schnarrenberg und bei der Erstellung eines eigenen Heims an der Eugenstraße mit tatkräftiger Unterstützung der Stadt ebenfalls Arbeit gefunden.

2. Industriepolitik

Auch im Jahr 1950 war unsere Stadt weiterhin um Ansiedlung neuer Industrie- und Gewerbebetriebe bemüht. Wenn sich unsere Pläne auf Neuansiedlung im Laufe des Jahres 1950 nur teilweise realisieren ließen, so waren dafür vor allem Gründe finanzieller und wirtschaftlicher Art bei den anzusiedelnden Unternehmungen bestimmend. Inwieweit das Fernbleiben durch neue Bewerber aus dem süddeutschen Raum zum Teil wettgemacht werden kann, werden die Verhandlungen der kommenden Monate zeigen müssen. Ernsthafte Angebote liegen für die Ansiedlung einer Miederfabrik, einer Strumpffabrik und für Hemdenfabrikation vor.

Die Differenzen zwischen Stadtverwaltung und örtlicher Industrie über die Industriepolitik der Stadt werden demnächst in persönlichen Gesprächen mit den beteiligten Mitgliedern des Gemeinderats bereinigt werden können.

Im Laufe des Jahres hatte auch die Stadtverwaltung mehrfach Gelegenheit namhaften Firmen unseres Stadtbereichs zu Jubiläen die Glückwünsche unserer Bürgerschaft auszusprechen.

Außer dem Zusammenbruch des Labors für technische Physik, dessen nachteilige Folgen aber durch Umsetzung der Arbeitskräfte und Übernahme eines Teilbetriebs durch die Himmelwerke gemildert werden konnten, und der Zahlungseinstellung der Tübinger Baufirma Jaenicke sind keine nennenswerten Störungen im Tübinger Wirtschaftsleben eingetreten.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage, insbesondere die Rohstoffverknappung und Finanzierungsschwierigkeiten lassen allerdings wesentliche Erschwernisse für die Zukunft erwarten. Inwieweit die Stadt und ihre Wirtschaft diese Folge werden abfangen können, wird die Zukunft lehren müssen.

3. Handel und Gewerbe

Aus der Prosperität unseres gesamten Wirtschaftslebens haben auch unsere heimischen Geschäfte Nutzen gezogen. Sie haben ihre Betriebe rationalisiert und ihr äußeres Gesicht in Schaufenstern und Auslagen modernisiert. Verschiedene Unternehmungen von auswärts (Zinser,

Bihler, Nordsee) und aus der Innenstadt sind in moderne Geschäftsneubauten eingezogen. Wilhelmstraße und Friedrichstraße haben zum Teil ein verändertes Gesicht bekommen. Insgesamt sind in Tübingen und seinen Stadtteilen:

- 54 Einzelhandelsgeschäfte
- 8 Großhandelsgeschäfte
- 11 Industriebetriebe und
- 8 Handwerksbetriebe

neu erstanden. Für die Zukunft muß berücksichtigt werden, daß nach den Bestimmungen des Bonner Grundgesetzes über die Gewerbefreiheit die Zulassung neuer Gewerbebetriebe wesentlich erleichtert ist. Der dadurch geschaffene Wettbewerb, der zu lebhaften Diskussionen Anlaß gab, hat als Weckruf an manche Geschäftsinhaber gewirkt und wurde nach meinen Feststellungen auch von der Bevölkerung begrüßt. Aus den eigenen Reihen der Firmen sind Leistungsschauen und Ausstellungen gestartet worden. Leider sind noch nicht alle beschlagnahmten Geschäfte freigegeben, obgleich die Stadtverwaltung und der scheidende Kreisdelegierte Oberst Brochu sich intensiv darum bemühten (Bleckmann, Depperich, Maier, Marquardt, Prinz Karl). Anerkennend wollen wir aber erwähnen die Freigabe von Postamt II, Kaufhaus Haidt, Café Bausch und dem Laden Fischer, Neckargasse.

4. Umsiedlung

Bis 1949 war es der Stadt Tübingen möglich, unter Hinweis auf ihre Überbelegung durch Besatzungsmacht und Landesverwaltung, durch mehr als 4000 Studenten und die Aufnahme von schon etwa 2200 Heimatvertriebenen nicht zur Aufnahme von geschlossenen Flüchtlingstransporten herangezogen zu werden. Im Kalenderjahr 1950 war dies aber bei den immer größer werdenden Schwierigkeiten der Unterbringung von Heimatvertriebenen nicht mehr möglich.

Württemberg-Hohenzollern hatte nun von den Abgabeländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern in den Jahren 1949 und 1950 insgesamt 49 000 Personen zu übernehmen. Bis Jahresende 1950 sind davon nun 46 500 übernommen worden. Damit steht unser Land gegenüber den gleichfalls zur Aufnahme verpflichteten Ländern Nordrhein-Westfalen (von 90 000 nur 50 000), Rheinland-Pfalz (von 90 000 nur 62 000) und Südbaden (von 48 000 nur 37 000) mit seiner Umsiedlungsaktion bei weitem an der Spitze.

Bedauerlich für alle Beteiligten ist es, daß es bis heute nicht möglich war, über 2000 der nach Württemberg Umgesiedelten aus den provisorischen 11 südwürttembergischen Durchgangslagern in ihre endgültigen Wohnungen umzusiedeln. Das scheiterte nicht etwa am guten Willen. Tübingen ist dafür ein treffendes Beispiel. Hat es doch als einzige württ. Stadt trotz größter Bedenken die Anwendung des Notleistungsgesetzes zur Unterbringung der auf unsere Stadt entfallenden Heimatvertriebenen beim Innenministerium beantragt.

Beim Rückblick auf die bis jetzt erfolgte Einschleusung von Heimatvertriebenen muß gesagt werden, daß abgesehen von kleinen Schönheitsfehlern die Aufnahme durch die Bevölkerung verständnisvoll war. In einzelnen Fällen wurde den Neubürgern sogar ein wirklich herzlicher Empfang bereitet. Manchmal konnte man sich allerdings nicht des Eindrucks erwehren, daß mancher Bürger unserer Stadt vom Krieg und seinen Folgen noch wenig verspürt hatte und sich der augenblicklichen Notlage dieser Ärmsten nicht genügend bewußt ist.

Bis 31. Dezember 1950 wurden von den auf die Stadt nach Weisung des staatlichen Umsiedlungskommissars entfallenden rund 800 Personen allein 407 Heimatvertriebene und 79 Sowjetzonenflüchtlinge, zusammen also 486 Personen in der Stadt untergebracht. Die weitere Einschleusung aus Niedernau und Kreis Tübingen wäre wohl zum Teil durchführbar gewesen, wenn nicht zu Ende des Jahres besondere Schwierigkeiten durch den fast völligen Stop in der Freigabe beschlagnahmter Wohnungen durch die Besatzungsmacht, durch die Verzögerung der Flüchtlingsbauten infolge Baustoffmangel und durch die Verstärkung der Besatzungstruppen und die dadurch teilweise bedingte Umquartierung von Familien aus Wehrmachtsgebäuden aufgetreten wären. Dazu kam, daß von dem tatsächlichen Zuzug an Heimatvertriebenen aus anderen Bundesstaaten als den 3 Abgabeländern in unsere Stadt mit 962 Personen vom Umsiedlungskommissar nur 488 anerkannt wurden.

Zur Unterbringung der Heimatvertriebenen in Neubauten wurden der Stadt Ende April 1950 insgesamt 990 000 DM für den Bau von 100 Wohneinheiten zugewiesen. Seit Juli 1950 planen und

bauen die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft an 42 Wohnbauvorhaben in der Stuttgarter- und Katharinenstraße und die Kreisbaugenossenschaft an 36 Wohneinheiten in der Gartenstadtsiedlung. Weitere 32 Wohneinheiten sollen im Rahmen des I. und II. Sonderbauprogramms von ihr auf dem Sand errichtet werden. Trotz Anstrengung aller Kräfte konnten diese Wohnungen nicht bis zum Jahresende bereitgestellt werden. Wir stehen hier also wesentlich ungünstiger da als z. B. unsere Nachbarstadt Reutlingen, die voraussichtlich schon im Februar 1951 ihre gesamten Flüchtlinge in früher begonnenen Neubauten wird unterbringen können.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, daß neben den auf Wohnung drängenden Heimatvertriebenen noch folgende bevorrechtigte Wohnungssuchende anstehen

etwa 55 Spätheimkehrerfamilien mit etwa	200 Personen
etwa 350 besatzungsverdrängte Familien mit etwa	1200 Personen
etwa 130 sozial dringende Fälle mit etwa	800 Personen
21 heimatvertriebene Umsiedlerfamilien (Pendler) aus dem Kreis Tübingen mit etwa	90 Personen

IV. TECHNISCHE ÄMTER

A. Tiefbauamt

Das Tiefbauamt war im Jahr 1950 auf seinen verschiedenen Arbeitsgebieten auf das stärkste beschäftigt und hat schwierige Bauten wie die Kanalisation in der Neckarhalde, Instandsetzung des fliegergeschädigten Stauwehres in der Brückenstraße und die Versorgungsleitungen zur Corrensstraße einwandfrei und ohne Unfälle bewältigt.

1. Straßenbauten

An Ortsstraßen wurden rund 20 000 qm Neubewalungen durchgeführt. Rund 30 000 qm Oberflächenteerungen und 70 000 qm Instandsetzungen zeigten die Sorgfalt bei der Straßenunterhaltung.

Im einzelnen wurden an Straßenneubauten ausgeführt:

Untere Bismarckstraße	400 lfdm
Schaffhausenstraße	420 lfdm
Alexanderstraße	150 lfdm
Eberhardstraße	170 lfdm
Mörkestraße	220 lfdm
Museumparkplatz	85 lfdm
Eugen-, Achalm- und Kiesackerstraße	440 lfdm
Harprechtstraße (Lustnau)	150 lfdm

insgesamt 2035 lfdm

2. Straßenbeleuchtung und Straßenreinigung

Die Straßenbeleuchtung wurde verbessert. Für die Straßenreinigung wurde ein moderner Straßensprengwagen beschafft.

3. Kanalisierung, Gartenanlagen

Zur besseren Stadtentwässerung wurden an 13 Stellen 2785 lfdm neue Rohrdolen gelegt. Alleen, Park- und Gartenanlagen wurden verbessert und bilden wie in früheren Zeiten eine Zierde unseres Stadtbildes. Auch wurde die Ammer wie alljährlich gereinigt.

4. Bauarbeiten für die Stadtwerke

Für die Stadtwerke baute das Tiefbauamt für Wasserleitungen 4800 lfdm für Gasleitungen 2000 lfdm für elektrische Kabel 12 300 lfdm Gräben verschiedener Größe und Tiefe.

5. Verkehrsregelung

Die Frage eines Beitrags der Stadt zur Neckarbrückenverbreiterung rief in der Öffentlichkeit eine lebhaftige Diskussion hervor und wurde in drei Bürgerversammlungen und drei Gemeinderatssitzungen eingehend beraten. In diesem Zusammenhang wurden öfters die allgemeinen Verkehrsprobleme unserer Stadt erörtert, insbesondere die außerordentliche Steigerung der Zahl der Verkehrsteilnehmer (bis zu 18 300 Fahrzeuge pro Tag in der Mühlstraße) und die Dringlichkeit einer befriedigenden Lösung. Die veranschlagte Erneuerung des Indianerstegs ist für die nächsten Monate vorgesehen. Die Erneuerung der Ammerbrücke wurde in allgemein anerkannter Weise durchgeführt.

Zurückgestellt wurde noch die Erschließung des Galgenbergs, die Zuwegung zum Freibad bei der

also 556 Familien mit zusammen etwa 2300 Personen

Dabei sind die Schlüsselkräfte der Universität, der Industrie und der Staatsbehörden nicht berücksichtigt.

Rückblickend kann gesagt werden, daß sich Tübingen als Wohnort und Arbeitsplatz für Heimatvertriebene bewährt hat und bewähren wird. Haben doch fast alle Umsiedler von Niedernau bereits in Tübingen und Umgebung lohnende Arbeit gefunden, können also ihre Arbeitskraft für unsere Gesamtwirtschaft mit einsetzen und werden sich nach ihrem Umzug sicherlich ohne weiteres in das normale wirtschaftliche Leben unserer Bevölkerung einordnen können.

Obwohl es sich bei der Umsiedlung um eine Landesaufgabe handelt, hat die Stadtklar erkannt, daß das zukünftige Gesicht der Stadt, ihre soziologische Zusammensetzung und nicht zuletzt ihre Steuerkraft wesentlich davon abhängen werden, daß sich die neuen Mitbürger gut und rasch eingliedern. Die vorausschauenden, schon bei der Auswahl der Umsiedler beginnenden Maßnahmen werden aller Voraussicht nach die Stadt vor sozialer Anfälligkeit oder gar vor einem Absinken bewahren.

Wildermuthschuhe, die Dammführung beim Freibadgelände und die Lösung der Kreuzung Hechingen/Stuttgarter Straße. Für die Kreuzung Stuttgarter/Reutlinger Straße wurde die Schaffung einer Stopstelle vorgeschlagen. Die Parkplatzfrage bleibt weiterhin sehr beachtet.

B. Stadtplanungs- und Hochbauamt

1. Hochbauten

Am 3. Mai 1950 wurde der Neubau unseres Altersheims in Betrieb genommen und die Gesamtanlage auf den Namen einer großen Wohltäterin unserer Stadt „Pauline-Krone-Heim“ getauft. Das Pauline-Krone-Heim ist gegenwärtig mit insgesamt 106 Insassen belegt. Auch das Altgebäude wurde äußerlich instandgesetzt und die gesamte Gartenanlage neu angelegt.

Wohnungsmäßig wirkte sich die Umsiedlung alter Bürgerinnen und Bürger der Stadt in das Heim folgendermaßen aus:

Frei wurden:

- 3 Einzelzimmer,
- 6 Zimmer mit Küche oder Küchenbenützung,
- 5 Zweizimmerwohnungen,
- 5 Dreizimmerwohnungen,
- 1 Vierzimmerwohnung,
- 3 Fünfzimmerwohnungen.

In 5 Fällen konnte eine Auflockerung der Wohnverhältnisse erreicht werden.

An weiteren Großbauten wurde das Projekt für den Neubau einer Volksschule an der Primus-Truber-Straße ausgearbeitet. Bis zum Jahresende wurde der erste Bauteil fast im Rohbau vollendet.

2. Stadtplaner

Neu geschaffen wurde im Bereich des Hochbauamts die Stelle eines Stadtplaners, welche mit Dipl.-Ing. Architekt Beicher besetzt wurde. Die Stadtplanungsabteilung lief erst im Spätherbst an. Infolgedessen konnte sich der Stadtplaner bis jetzt erst u. a. bei einigen Vorhaben (Bebauung auf dem Sand, im Biesinger, am oberen Viehweide und bei den neuen Max-Planck-Instituten) unter Betonung der städtebaulichen und verkehrstechnischen Gesichtspunkte einschalten.

Der Bebauungsplan für den Sand fand die allgemeine Anerkennung des Gemeinderats. Auch die Vorschläge für die erweiterte Bebauung an der Eugen- und Lichtensteinstraße wurde einstimmig gebilligt.

3. Bauratschreiberei

Neu eingerichtet wurde auch eine Bauratschreiberei (Stadtoberinspektor Luz), welche die seit Jahren rückständigen Anliegerlei-

stungen und Dolenbeiträge zu veranlagern und einzufordern hat.

4. Mitarbeit beim sozialen Wohnungsbau usw.

Weitgehend war das Hochbauamt auch bei der Gestaltung der Wohnbauten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft und der Kreisbaugenossenschaft, der Gestaltung von Bauten am Neckartor, den Museumsplätzen und mehreren Bauvorhaben in den äußeren Stadtteilen eingeschaltet.

Gegenwärtig ist das Hochbauamt mit den Vorarbeiten für einen weiteren Neubau im Pauline-Krone-Heim und einen Kindergarten dasebst sowie mit der Gestaltung des Postplatzes und der Freibadhochbauten beschäftigt.

5. Bauunterhaltung

Im Jahr 1950 wurden die Verwaltungs- und Wohngebäude der Stadt wiederum in gesteigertem Ausmaß in Unterhaltung genommen. Im Umlandbad, in der Gewerbeschule und an der Hölderlinschule wurden wesentliche Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten durchgeführt. Auch in den übrigen Schulen erfolgte laufend Instandsetzung der Schulklassen und Neuanschaffung von Inventar.

6. Beim Bauordnungsamt wurden bearbeitet:

315 eingereichte Baugesuche, davon bis jetzt genehmigt 253, zurückgezogen 23, noch in Bearbeitung 39.

Neben der Baukontrolle und der Feuerschau hat das Bauordnungsamt unter anderem an über 135 Schätzungen von Gebäuden und Grundstücken und 125 Anträgen auf Mietpreisfestsetzung mitgewirkt.

C. Stadtmessungsamt

Dem Stadtmessungsamt brachte die erhöhte Bautätigkeit und die vielen Rückstände der letzten Jahre übermäßige Arbeit. Der Arbeitsumfang betrug 1950 etwa das Doppelte des Vorjahrs. Wenn 1949 167 Baugesuche zu bearbeiten waren, so waren es im Jahr 1950 insgesamt 315 Gesuche. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den meisten Bauten das Stadtmessungsamt mehrere Arbeitgänge durchzuführen hat, nämlich Lageplanherstellung, Geländeschnittunterlage, Verpflockung der Neubauten, Einschneiden des Schnurgerüsts, Vermessung des Bauplatzes und zum Schluß Katastermeßurkunde über Bauplatz und Gelände. Alle die laufenden dringenden Baugesuche konnten nur bearbeitet werden unter weitgehender Rückstellung der Fortführung der Erweiterung des Stadtplanwerks und der Katastervermessung.

Im einzelnen wurden geleistet:

- 104 Katastermessungen und -urkunden,
- 700 Parzellenänderungen,
- 1000 Lagepläne,
- 200 Geländeabsteckungen,
- 284 Rohplananfertigungen für Private und
- 300 Rohpläne für Behörden und Ämter.

Auf dem Gebiet der Tiefbauvermessung erfolgten Arbeiten für:

- 3150 m Kanalbauten,
- 2890 m Gasleitungen,
- 6580 m Kabel,
- 6410 m Wasserleitung.

An besonderen Arbeiten sind zu erwähnen die Vermessungsarbeiten für das Freibad, am Sand, in der Neckarhalde, auf Sportplätzen, in der Schaffhausen- und Bismarckstraße sowie für Ortsbaupläne zwischen Stuttgarter- und Reutlinger Straße und in der Primus-Truber-Straße.

An allgemeinen Vermessungsarbeiten erfolgten 7300 m Präzisionsnivellements und die Kartierung von 337 Parzellen.

Besondere Verdienste erwarb sich das Vermessungsamt mit den neuen Stadtplänen im Vierfarbendruck für das Adreßbuch im Maßstab 1:10 000 und im Zweifarbendruck im Maßstab 1:5000.

Daß die Privatinitiative der Firma Windhager-Verlag, Stuttgart-Tübingen, unserer Bürgerschaft ein einwandfreies neues Adreßbuch verschafft hat, sei in diesem Zusammenhang lobend erwähnt.

V. SOZIALE FRAGEN

1. Allgemeines

Wenn wir bisher von den Erfolgen sprachen, die die technischen Ämter im vergangenen Kalenderjahr aufzuweisen hatten, so kann auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens nicht in gleicher Weise von sichtbaren Erfolgen gesprochen werden; denn die soziale Arbeit wird in der Stille

geleistet. Die Zahlen, die sie liefert, sind aber ein desto eindrucksvolleres Spiegelbild unserer Gesellschaftsordnung, unserer politischen Vergangenheit und unseres Wirtschaftslebens. Ein Vergleich mit früheren Jahren und Jahrzehnten ist kaum noch möglich. Die Bedeutung asozialer Elemente tritt gegenüber

den durch die Geschehnisse der letzten Jahrzehnte in unverschuldete Not Geratenen in den Hintergrund.

Charakteristisch für unsere heutige Fürsorge ist das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen.

2. Löhne und Preise

Die Lebensverhältnisse unserer sozial Bedürftigen waren im vergangenen Jahr mehr als je zuvor durch die Preis- und Lohnentwicklung in unserem Wirtschaftsleben beeinflusst. Diese Entwicklung führte gleichzeitig zu einer außerordentlichen Steigerung der Rivalität der Gruppe der Beschäftigten und Notleidenden. Die verschiedenen Gruppen von Notleidenden — waren es nun Kriegs- und Währungsgeschädigte, Heimatvertriebene oder politisch Verfolgte, Fliegergeschädigte oder Besatzungsverdrängte, Spätheimkehrer, Sozial- oder Kleinrentner, Witwen und Waisen oder vom Art. 131 des Grundgesetzes Betroffene — alle haben in verstärktem Maße auf ihre große Not in Parlamenten und vor der Öffentlichkeit hingewiesen. Nicht minder lebhaft haben aber auch die im Verdienst stehenden Arbeitnehmer aller Kategorien — teils mit, teils ohne Streik — ihre berechtigten Lohnforderungen geltend gemacht. Hierdurch ist eine Kluft zwischen Verdienern und Nichtverdienern aufgerissen worden, die zu den schwersten sozialen Bedenken für die Zukunft Anlaß geben muß; denn die Fülle der Forderungen aller Geschädigten und Entrechteten ist auch bei gesetzlicher Regelung des gegenseitigen Lastenausgleichs kaum erfüllbar, ohne nicht gleichzeitig Besitz und Aufbau der Wirtschaft bedenklich zu schädigen.

In Erkenntnis dieser Zusammenhänge war es das Bestreben der Stadtverwaltung, sich mit größter Gewissenhaftigkeit um die sozialen Verhältnisse ihrer notleidenden Bevölkerung zu kümmern und dort zu helfen, wo wirklich Not herrschte, andererseits aber schweren Herzens aus der Erkenntnis der Zusammenhänge heraus auch einmal ein hart empfundenes Nein zu sagen. Dabei bleibt noch viel verborgene Not unbekannt, Notfälle, in denen die Betroffenen sich unter größten Opfern bemühen, ihre ehemalige soziale Stellung wenigstens nach außen hin zu erhalten. Hierbei konnte die aktive Mithilfe von Nachbarn und die ehrenamtliche Mitarbeit von Frauen und Vereinigungen viel Gutes tun. Besonders dankbar dürfen wir deshalb in diesem Zusammenhang die rege Mitarbeit der Mitglieder des Sozial- und Soforthilfeausschusses erwähnen, daneben die karitative Arbeit des Ev. Hilfswerks, des Roten Kreuzes, des Caritasverbandes, der Arbeiterwohlfahrt und des Tübinger Hilfswerks. Alle diese Verbände und Persönlichkeiten konnten neben Bargeld mit Kleidungsstücken und Möbeln helfen. Aus Amerika kamen uns wertvolle Spenden durch unseren Landsmann und Ehrensenator unserer Universität Präsident Hauser und die Unicef (Internationales Kinderhilfswerk) zu.

Erschreckend wächst die Zahl der Familien, für deren Unterhalt der Ehemann nicht mehr aufkommen will. Hier muß das Stadt. Sozialamt einspringen und versuchen, durch Pfändung von Lohn und durch persönliche Einwirkung die Hilfsbedürftigkeit der betroffenen Familien weitgehend zu lindern. Mit Sorge wird auch beobachtet, daß in zunehmendem Umfang Wohnungsmieten auf die öffentliche Fürsorge übernommen werden müssen.

3. Heimatvertriebene und a. m.

Unsere Heimatvertriebenen konnte das Sozialamt in guter Zusammenarbeit mit dem Umsiedlungsamt des Kreises nach wie vor Hilfe angedeihen lassen. Auch den Kriegsbeschädigten, Kriegserwitwen und Waisen wird hoffentlich das Bundesversorgungsgesetz vom 20. 12. 1950 gewisse Besserungen bringen. Wir erwähnen dabei auch unsere Wohnbauförderung der Baugeellschaft der Körperbehinderten (GSW), denen für 16 Wohneinheiten ehemals städtisches Gelände zur Verfügung gestellt worden ist. Die Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft oder Internierung bekamen 250 DM Kleidergeld und Überbrückungsbeihilfe.

Viel verborgenes Elend finden wir auch bei den Sozial- und Kleinrentnern. Hier hat das Sozialamt im Rahmen seiner Möglichkeit die dringendste Not zu lindern versucht, indem es die Sozialrenten aufstockte oder einmalige Beihilfen, besonders für Herbstbeschaffungen, gewährte. Die verhältnismäßig kleine Zahl der in Fürsorge stehenden Sozialrentner gegenüber den

in Tübingen befindlichen 1100 Rentenempfängern beweist, daß in diesem Personenkreis nicht die anderorts vielfach beobachtete „Rentensucht“ besteht, sondern daß noch der Wille zur Selbsthilfe und Familienhilfe lebendig ist.

4. Jugendhilfe und Wandererfürsorge

Auf die Tätigkeit des Internationalen Bundes für Kultur- und Sozialarbeit in der Betreuung der aus Ostdeutschland stammenden Jugend wurde schon an anderer Stelle hingewiesen. Mit den karitativen Verbänden der Stadt wurden im vergangenen Jahr in der Herberge und im Pfleghof rund 4000 wandernde Menschen „betreut“. Hierbei handelt es sich nur um die registrierten Personen. Zweifellos ist die doppelte Zahl durch Tübingen gegangen, ohne das Sozialamt in Anspruch zu nehmen. Die DP's wurden ab 1. Juli 1950 den Deutschen gleichgestellt, soweit sie nicht auswanderungsfähig sind. Diesen Menschen fällt es schwer, sich in die veränderten Verhältnisse umzustellen. Sie wurden früher durch die Iro in einer so großzügigen Weise unterstützt, daß sie jetzt ihre Lebenshaltung zwangsläufig herabsetzen müssen. Für unsere Jugend erhoffen wir uns viel von dem vor kurzem verabschiedeten Bundesjugendgesetz, dem 23 Millionen DM vom Bund zur Verfügung gestellt wurden.

7. Leistungen des Sozialamts

Im Kalenderjahr 1950 wurden vom Sozialamt betreut

Gruppen der Hilfsbedürftigen	Unterstützungsaufwand					Summe der Sp. 3-5 gesamter Fürsorgeaufwand 6 DM
	Laufende Unter- stützungen		Offene Fürsorge lauf. 3 DM	einm. 4 DM	geschl. Fürsorge 5 DM	
	1 Parteien	2 Pers.				
A) Kriegsfolgenhilfe						
1. Heimatvertriebene	53	170	41 750	29 586	11 551	82 887
2. Evakuierte	16	27	9 192	2 035	4 685	15 912
3. Sowjetzonenflüchtlinge	24	28	7 426	4 223	1 582	13 236
4. Ausländer und Staatenlose	5	6	1 205	385	1 641	3 231
5. Angehörige von Kriegsgefangenen und Vermißten, Heimkehrer	12	34	9 101	12 099	—	21 200
6. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene	12	15	5 412	12 622	2 331	20 365
7. Sowjetzonenflüchtlinge	1	2	1 066	400	656	2 122
Sa: Kriegsfolgenhilfe	123	282	75 152	61 355	22 446	158 953
B) Allgemeine Fürsorge						
1. Sozialrentner	35	40	10 004	3 139	49 356	62 499
2. Pflegekinder	5	6	1 974	1 136	10 291	13 401
3. Sonstige Hilfsbedürftige	123	193	77 923	26 765	57 162	161 850
Sa: Allgemeine Fürsorge hierzu Summe Kriegsfolgenhilfe (oben Sa A)	163	239	89 901	31 040	116 809	237 750
Fürsorgegruppen insgesamt	286	521	165 053	92 395	139 255	396 703

Zu der vorstehenden Zahl der Fürsorgeempfänger kommen noch 1366 Parteien mit rd. 3000 Personen, die einmalige Fürsorgeleistungen erhielten, und die bereits erwähnten 4000 Wanderer.

Die Stadt hat durch die Übernahme der Kriegsfolgenlasten auf den Bund und durch die Gewährung von Soforthilfeleistungen gewisse finanzielle Erleichterungen erfahren. Dem stehen aber gegenüber

- die wachsende Zahl der einmaligen Beihilfefälle,
- die wegen Verteuerung der Textilien, Schuhe und Brennstoffe erhöhten Beihilfebeträge,
- die erstmalig gewährte Weihnachtsbeihilfe,
- die erhöhten Verpflegungsgelder der geschlossenen und halboffenen Fürsorge.

Es bleibt abzuwarten, ob der Vorteil, den die Kriegsfolgenhilfe und das Soforthilfegesetz den Fürsorgeträgern gebracht hat, durch diesen Mehraufwand nicht größtenteils wieder aufgehoben wird.

8. Vermißte und Kriegsgefangene

Die Registrierung der in Tübingen vermißten und in Kriegsgefangenschaft befindlichen Personen ergab

72 Kriegsgefangene und 686 Vermißte, darunter 21 Frauen.

Hiervon sind im Laufe des vergangenen Jahres aus Gefangenschaft oder Internierung 37 Perso-

5. Kindergärten

Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge werden in 5 städtischen Kindergärten z. Z. rund 400 Kinder (im Vorjahr 420) betreut. Der verhältnismäßig hohe Zuschuß von 30 000 DM (im Vorjahr 50 000 DM) jährlich ist eine ernste Sorge der Stadtverwaltung. Der Kindergarten auf dem Osterberg konnte im Lauf des Jahres vom Guefaltenhaus in das neue Heim (Stauffenbergstraße 32 — früher Kleinfeldt'sches Haus) verlegt werden. Zum 1. April 1951 müssen wir leider unseren Kindergarten auf dem Fronenberg für den Eigentümer freimachen. Ob es möglich ist, im Gebiet des Denzenbergs einen neuen Kindergarten als Ersatz zu beschaffen, bleibt den Haushaltsberatungen für 1951 vorbehalten.

6. Kindererholung

Mit Hilfe öffentlicher Mittel konnten wiederum 66 Kinder in das Erholungsheim des Kreises Tübingen in Hallwangen verschickt werden. Einer Erhöhung der Zahl dieser Ferienkinder steht leider das Fehlen von Mitteln entgegen, die früher vom Tübinger Hilfswerk aufgebracht wurden. Schwierigkeiten bei der Unterbringung von schulentlassenen jungen Menschen in Lehrstellen sind in Tübingen nicht in nennenswertem Umfang in Erscheinung getreten.

nen, darunter eine Frau zurückgekehrt (im Vorjahr zusammen 149).

Für die Angehörigen der noch in Gefangenschaft befindlichen 35 Männer hat die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen eine Erleichterung gebracht.

9. Soforthilfe

Vom städt. Amt für Soforthilfe bzw. dem Soforthilfe-Ausschuß wurden bisher in 10 Sitzungen genehmigt:

	Jahresausgabe
460 Unterhaltsbeihilfen (i. Vj. 554) mit 265 138 DM (i. V. 54 720)	
75 Unterhaltszuschüsse (i. Vj. 0) mit 27 000 DM	
1456 Hausratshilfen (i. Vj. 909) mit 180 240 DM (i. Vj. 44 500)	
571 Ausbildungsbeihilfen (i. Vj. 0) mit 368 940 DM zusammen 2562 Fälle mit 847 318 DM	

Außerdem wurden 27 Anträge auf Existenzgründungsdarlehen mit 209 050 DM bearbeitet. Insgesamt ist also über

eine Million DM

aus Soforthilfemitteln für die Tübinger Bevölkerung einschließlich der Studenten zur Verfügung gestellt worden

Die Leistungen der Soforthilfe sind gemessen an den entstandenen Schäden und Ansprüchen immer noch unbefriedigend. Unterhaltshilfeempfänger sind kaum besser gestellt als Fürsorgeempfänger, weil bei ihnen die Miete nicht berücksichtigt wird. Von allen Gruppen der Geschädigten wird deshalb mit großen Erwar-

tungen der endgültigen Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes entgegengesehen, während von seiten der nichtgeschädigten Bevölkerung mit Sorge das Ringen um dieses Gesetz verfolgt wird, nachdem jetzt schon die Aufbringung der Mittel für die Soforthilfe nur unter größten persönlichen Opfern möglich ist.

10. Bei der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung

werden in vermehrtem Maße Versicherungsverhältnisse, die durch das 1949 in Kraft getretene Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz wieder aufgelebt sind, freiwillig fortgesetzt. Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, daß auf Grund der Herabsetzung des Prozentsatzes der Arbeitsunfähigkeit von 66% auf 50% eine große Zahl von Rentenanträgen gestellt und mit Hartnäckigkeit verfolgt worden sind.

Ein besonderes Problem stellt die Versicherung der selbständigen Handwerker dar. Es wäre wünschenswert, wenn durch Gesetz der schwierigen Lage dieses Wirtschaftszweiges Rechnung getragen würde.

Im abgelaufenen Kalenderjahr wurden in Tübingen bearbeitet:

- 5713 Versicherungs- und Quittungskarten,
- 366 Rentenanträge,
- 67 Unfalluntersuchungen;

dazu kommt die umfangreiche Beratung der Bevölkerung in vielen Versicherungsangelegenheiten.

11. Tübinger Hilfswerk

Leider ist im Kalenderjahr 1950 das Tübinger Hilfswerk noch nicht wieder in Wirksamkeit getreten. Es ist aber ins Auge gefaßt, ihm dadurch wieder neue Impulse zu geben, daß es als Träger eines weiteren Altersheims eingeschaltet wird.

12. Bestattungswesen

Eine besondere Genugtuung war es für uns, am 16. Juli 1950 auf dem Galgenberg den neuen Bergfriedhof in feierlicher Weise einzuweihen. Inzwischen sind zu den dort oben liegenden 400 Soldaten bereits 29 neue Gräber hinzugekommen. Die Inbetriebnahme des Bergfriedhofs hat der Friedhofverwaltung die Möglichkeit gegeben, die großen Schwierigkeiten auf dem Stadtfriedhof etwas auszugleichen. Auch konnten die Bauarbeiten auf den Friedhöfen Lustnau und Derendingen zum Abschluß gebracht werden. Alle Friedhöfe sind jetzt wieder instandgesetzt und bieten ein Bild der Ruhe und Besinnlichkeit.

Der Gemeinderat hat am 17. 7. 50 eine neue Friedhofordnung, Gebührenordnung für das Bestattungswesen und ortspolizeiliche Verordnung zum Schutz der Friedhöfe erlassen.

Im vergangenen Jahr fanden auf den Friedhöfen in Tübingen insgesamt 374 Beerdigungen und Urnenbeisetzungen statt.

13. Volksküche

Bei der Volksküche hält sich die Zahl der einheimischen Benützer auf unverändert niedriger Höhe. Dennoch wurde der Betrieb im Interesse unserer akademischen Jugend aufrecht erhalten. Das Tübinger Studentenwerk hat durch vertragliche Vereinbarung mit der Stadt die gesamten Kosten für die Verpflegung von rund 1050 Studenten (im Vorjahr 850) übernommen, nachdem es auch 1950 nicht gelungen war, die frühere Mensa in der Gaststätte „Prinz Karl“ von der Besatzungsmacht freizubekommen.

14. Tätigkeit der Ausschüsse. Unsere Aufgabe

In diesem Zusammenhang sei mit besonderer Dankbarkeit der wertvollen ehrenamtlichen Tätigkeit vieler Tübinger Bürgerinnen und Bürger im Sozialausschuß und Soforthilfeausschuß gedacht. In insgesamt 19 Sitzungen haben sie sich mit ganzer Kraft für die Not der Ärmsten unserer Stadt eingesetzt und ihnen weitgehend Hilfe bei der Linderung ihres schweren Schicksals geboten.

Auf dem sozialen Gebiet muß es immer wieder unsere Aufgabe sein, unverdrossen und mit neuem Mut zu arbeiten. Wir dürfen nie erlahmen, widerfahres Unheil zu heilen. Wir müssen uns stets ein offenes Herz für die Not unserer Armen und Ärmsten, zugleich aber auch die Unbefangenheit bewahren, um mit kritischem Blick zu prüfen, wo und inwieweit Hilfe zu gewähren und wo sie abzulehnen ist. Denn die soziale Mark kann auch bei bestem Willen eben nur einmal ausgegeben werden.

Der tatkräftigen Mithilfe aller staatlichen Stellen, der karitativen Verbände und kirchlichen Einrichtungen beider Glaubensbekenntnisse bei jeder sich bietenden Gelegenheit gewiß zu sein, ist uns eine wertvolle und beruhigende Erkenntnis und Stütze.

namentlich bei den höheren Schulen. So kommen aus den Gemeinden des Kreises rund 23%, aus anderen Kreisen unseres Landes rund 3%. Gegenüber früheren Beiträgen des Kreisverbandes Tübingen zum Ausgleich für den Besuch auswärtiger Schüler in Höhe von 30 000 DM erhielt die Stadt im Rechnungsjahr 1949

von den Kreisverbänden	59 600 DM,
vom Land aus dem Ausgleichs- und Hilfsstock	17 500 DM,
ferner aus Sondermitteln des Landes	18 400 DM,
zusammen 95 500 DM.	

Es ist zu hoffen, daß die Stadt auf Grund des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes für das laufende Haushaltsjahr 1950 mindestens wieder den gleichen Betrag der Kreisverbände und des Landes erhalten wird.

6. Schulgeldnachlässe

Von 445 Anträgen auf Schulgeldnachlaß konnten 349 Gesuche berücksichtigt werden. Der Nachlaß betrug für bedürftige einheimische Schüler 12 200 DM, für Kinder von Heimatvertriebenen 4 500 DM. Die Nachlässe wurden jeweils unter Berücksichtigung der schulischen Leistung des Kindes gewährt.

Der Tübinger Freien Waldorfschule mit zusammen 387 Schülern wurde ein Beitrag von 40 000 DM bewilligt.

7. Schulräume

Die große Schulraumnot in Tübingen durch Beschlagnahme der Wildermuthschule und Belegung der Frauenarbeitschule besteht noch unverändert fort. Dadurch fehlen der Stadt immer noch 44 Klassenzimmer und 29 Verwaltungsräume. Fast jeder einzelne Schulraum wird von 2 Klassen im Schichtunterricht in Anspruch genommen. Es war deshalb ein entscheidender Entschluß unseres Gemeinderats, den Neubau einer Volksschule bei der Primus-Truber-Straße zu beschließen, welcher bis zum Jahresende fast bis zum Rohbau fertig wurde. Mit der Inbetriebnahme ist im Herbst d. Js. zu rechnen. Für den Schulhausneubau hat das Land Württemberg-Hohenzollern erfreulicherweise bis jetzt einen Beitrag von 160 000 DM geleistet. Auf eine Erhöhung des Betrags darf gehofft werden.

Insgesamt werden im Volksschulneubau geschaffen:

- 16 Klassenzimmer
- 1 Zeichensaal und 1 Werkraum
- 8 Lehrerzimmer und Vorbereitungsraum
- 4 Lehrmittelzimmer
- 1 Hausmeisterwohnung und eine Zentralheizungsanlage.

Der Aufwand für den 1. Bauabschnitt ist auf 700 000 DM veranschlagt.

Für die Volksschulen an der Grabenstraße wurde außerdem im Berichtsjahr ein neuer Schulsportplatz an der Freiackerstraße eingerichtet.

8. Ortsschulräte

Eltern, Stadtverwaltung und Lehrerschaft haben in den neugeschaffenen Ortsschulräten mit Erfolg zusammengearbeitet. Insgesamt fanden in den neugeschaffenen 5 Ortsschulräten 9 Sitzungen statt.

9. Schüleraufwand und Schülerzahlen (Statistik)

Zur Vermeidung von Wiederholungen zu diesem Punkt werden in Anl. 3 nochmals die bei anderem Anlaß dem Gemeinderat überreichten Zahlen über die Tübinger Schulverhältnisse beigefügt.

VI. KULTURPFLEGE UND SCHULWESEN

1. Allgemeines

Der seitherige Rechenschaftsbericht hat mitten hineingeführt in die im Jahre 1950 geleistete Arbeit unserer Techn. Ämter, des Sozialamts, des Rechtsamts und der Gemeindeförderungsbehörde. Ich hätte Ihnen in Fortsetzung dessen nun gerne auch einen Überblick über die Arbeit des

Städtischen Kulturamts

gegeben. Statt weiterer Ausführungen möchte ich mich aber auf die ausführliche Ausarbeitung des Leiters unseres Kulturamts, Dr. Huber, beschränken, welche Ihnen heute mit dem Manuskript dieses Rechenschaftsberichts übergeben wird. Eine Fülle von Gedanken und Betrachtungen, aber auch von Einzelberichten über den städtischen Anteil am kulturellen Leben unserer Stadt ist darin enthalten. Es wird noch in einer kommenden Sitzung des Gemeinderats Gelegenheit sein, sich über den Inhalt dieses Kulturberichts auszusprechen. Ich will deshalb bei meiner Berichtserstattung über unsere Arbeit auf kulturellem Gebiet in diesem Zusammenhang nur auf das Schulwesen zu sprechen kommen.

2. Noch immer ist der Etatposten „Schulwesen“ in unserem städtischen Haushalt der höchste, ein Beweis, welch überwiegendes Interesse gerade unsere Stadt der Pflege der schulischen Ausbildung ihres Nachwuchses zuwendet.

3. Schulkosten

Von den Gesamtausgaben mit rund 6 Millionen DM entfallen allein auf das Schulwesen über 1,1 Mill. DM. Wenn demgegenüber auch Einnahmen von rund 307 000 DM für Schulgelder, Beiträge von Staat und Kreis sowie Mieten usw. abzusetzen sind, verbleibt doch noch ein reiner Zuschußbedarf von über 859 000 DM. Dieser Betrag gliedert sich wie folgt:

Volksschulen	311 000 DM (i. Vj. 261 000 DM)
Höheren Schulen	330 800 DM (i. Vj. 313 000 DM)
Gewerbe- u. Handelschule	124 850 DM (i. Vj. 126 000 DM)
Haushalts- u. Frauenarbeitsschule	52 650 DM (i. Vj. 45 000 DM)

Waldorfschule 40 000 DM (i. Vj. 22 000 DM) gegenüber dem Rechnungsjahr 1949 ist somit eine Erhöhung von rund 61 200 DM zu verzeichnen, die u. a. durch den Zuwachs an Schülern begründet ist.

4. Schülerzahl

Es haben im Schuljahr 1949/50 unsere Schulen besucht:

die Volksschulen	3 587 Schüler (i. Vj. 3 574)	38 %
die Höheren Schulen	1 518 Schüler (i. Vj. 1 489)	54 %
die berufsbildenden Schulen	1 997 Schüler (i. Vj. 1 809)	134 %
die Haushalts- und Frauenarbeitsschule	200 Schüler (i. Vj. 211)	90 %
7 302 Schüler (i. Vj. 7 083)		

Mithin ein Ansteigen gegenüber dem Vorjahr um rund 220 Schüler.

5. Auswärtige Schüler

Ein brennendes Problem ist immer noch die steigende Zahl auswärtiger Schüler,

VII. STADTPFLEGE

1. Allgemeines

Der Haushaltplan 1950 wurde von der Stadt Tübingen als erster Gemeinde unseres Landes am 23. März 1950, also rechtzeitig vor Beginn des neuen Haushaltsjahres verabschiedet. Der Haushaltplan 1950 wurde zusammen mit der Nachtragssatzung vom 17. Juli 1950 durch das Innenministerium ohne besondere Anstände genehmigt. Ein weiterer Nachtrag wird noch nötig werden, insbesondere um die Finanzierung der neuen Freibadeanlage zu regeln.

Die Städtischen Finanzen haben sich im Kalenderjahr 1950 erwartungsgemäß entwickelt. Insbesondere hatte sich gezeigt, daß die Kassenlage immer befriedigend war. Auch die Abwicklung des Haushaltplans 1950 ge-

staltete sich dank der exakten Planung und Aufstellung in einem geordneten Rahmen. Größere Überraschungen sind zum Rechnungsabschluss 1950 nicht zu erwarten.

2. Einnahmen und Ausgaben

Die Öffentlichkeit wird interessieren, welchen Betrag die Einnahmen im Rechnungsjahr 1950 erreichen und welche Ausgaben damit voraussichtlich bestritten werden.

a) Unsere Bürgerschaft zahlt unmittelbar an die Stadt folgende Steuern (Einnahmen der Stadt)

- 1. Grundsteuern
- a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe Hebesatz 205 % 85 000.— DM

b) für Grundstücke (bebaut und un bebaut) Hebesatz 180 %	1 230 000.— DM
2. Gewerbesteuer	1 200 000 DM
3. Einwohnersteuer	150 000 DM
4. Getränkesteuer	80 000 DM
5. Vergnügungssteuer	100 000 DM
6. Hundesteuer	30 000 DM
	2 875 000 DM

Demnach entfallen an städtischen Steuern auf die Einwohner der Stadt Tübingen pro Kopf 83,71 DM, also monatlich etwa 7 DM.

Die Bürgerschaft zahlt ferner im Falle der Benützung öffentlicher Einrichtungen (Straßenreinigung, Müllabfuhr, Meßgebühren, Fleischbeschau, Standesamt, Plakatanschlag u. a. m.) rund 500 000 DM.

b) Das Land Württemberg-Hohenzollern macht aus seinen Einnahmen der Stadt im Wege der Finanzzuweisung folgende Zuwendungen:

1. Schlüsselzuweisungen in Höhe von	437 000 DM
2. Ferner als Bedarfszuweisung aus dem Ausgleichsstock einen noch nicht festgelegten Betrag. Veranschlagt im Haushaltplan der Stadt sind	100 000 DM
3. Außerdem aus dem Hilfsstock als Schulträgergemeinde für auswärtige Schüler (s. vorne Seite 11) einen zahlenmäßig noch nicht bekannten Betrag	

c) Der Haushaltsplan 1950 ergibt in der Zusammenstellung der Einzelpläne des ordentlichen Haushalts 1950 insgesamt an Einnahmen einschließlich der vorgenannten Steuer- und Gebühreneinnahmen und der Finanzzuweisung des Landes

Diese Einnahmen finden für folgende städtische Ausgaben Verwendung:	
Allgemeine Verwaltung	548 624 DM
Öffentliche Ordnung	153 400 DM
Schulwesen	1 166 460 DM
Kultur- u. Gemeinschaftspflege	100 985 DM
Fürsorge und Jugendhilfe	919 120 DM
Gesundheitswesen, Leibesübungen	80 053 DM
Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen	841 720 DM
Öffentliche Einrichtungen (Straßenbeleuchtung, Reinigung, Müllabfuhr, Bestattungswesen usw.)	1 003 755 DM
Wirtschaftl. Unternehmungen	145 410 DM
Finanz- u. Steuerverwaltung mit Kreisumlage	1 018 273 DM

Sa.: 5 977 800 DM

Wenn die vorgenannten Zahlen in den Einnahmen und Ausgaben in Vergleich gezogen werden zu der Einwohnerzahl nach der Volkszählung am 29. Oktober 1946, dann ergeben sich an Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben pro Kopf der Bevölkerung je 174,05 DM.

Daß der außerordentliche Haushalt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 2 Millionen DM abschließt, darf ich als bekannt voraussetzen. Die Ausgaben dafür sollen wie folgt aufgebracht werden:

1. durch Anteile des ordentlichen Haushalts	51 000 DM
2. durch Inanspruchnahme einer inneren Anleihe aus dem allgemeinen Kapitalvermögen	118 000 DM
1. durch Schuldaufnahme (einschließlich Stadtwerke mit 451 900 DM)	1 729 800 DM
4. durch einen Staatsbeitrag für den neuen Volksschulbau (I. Abschnitt)	160 000 DM
zusammen:	2 058 800 DM

Dieses Finanzbild kann noch eine Verbesserung dadurch erfahren, daß die Stadtwerke nach Verabschiedung ihrer DM-Eröffnungsbilanz zum 20. Juni 1948 an die Stadt einen Betrag an Konzessionsabgabe und Gewinn ausschütten. Einzelheiten darüber werden bei Verabschiedung des Nachtragshaushalts vorgetragen werden.

3. Aus dem Arbeitsgebiet der Steuerstelle sollen folgende Zahlen genannt werden:

1 600 Gewerbesteuer vorauszahlungsbescheide (i. Vj. 1500)	
500 Gewerbesteueranpassungen	
4 700 Grundsteuerveranlagungen 1949 (i. Vj. 4300)	

4 700 Grundsteuerveranlagungen 1950	
16 000 Einwohnersteuerveranlagungen (i. Vj. 16 440)	
17 790 Lohnsteuerkarten (i. Vj. 17 231)	
786 Hundesteuerbescheide	
3 200 Hausgebührenbescheide 1949 (i. Vj. 3100)	
3 200 Hausgebührenbescheide 1950	
3 500 Brand- und Sturmschadensumlage-Bescheide (i. Vj. 3300)	
470 Vergnügungssteuerbescheide	
10 500 Polizeiliche Meldungen wurden zur Ergänzung der Personenstandskartei ausgewertet.	

4. Die Stadtkasse

mußte neben den laufenden Kassen- und Buchungsgeschäften

3 400 Zahlungserinnerungen (i. Vj. 3677)
12 386 förmliche Mahnungen (i. Vj. 10 289)
3 270 Anordnungen zur Zwangsvollstreckung (i. Vj. 796)

u. a. m. beantragen. Besonders anerkannt zu werden verdient die frühzeitige Fertigstellung des Rechnungsabschlusses 1949.

5. Liegenschaften

Die Nachfrage nach städtischen Pachtgrundstücken ist stark zurückgegangen. Allgemein ist die Landwirtschaft in Tübingen rückläufig. Gegenüber 1940 mit einem Gesamtbestand von 765 Kühen sind heute nur noch 589 Kühe vorhanden.

Ein überdurchschnittlicher Obstertrag erbrachte einen Gesamterlös von 17 000 DM.

6. Waldungen

In dem am 1. Oktober 1950 beendigten Forstwirtschaftsjahr betrug die ordentliche Nutzung des 930 ha umfassenden Waldes

in den städt. Waldungen	3090 fm
im Stiftungswald	270 fm
	3360 fm (i. Vj. 4630)

Zum erstenmal nach dem Krieg wurde keine Mehrnutzung vorgenommen. Die Kulturarbeiten gingen planmäßig weiter. Ca. 100 000 Pflanzen wurden neu gesetzt.

7. Feuerlöschwesen

Auf dem Gebiet der Feuerwehr ist über 21 Groß-, Mittel- und Kleinfelder zu berichten. Zwei Waldbrände und je vier Einsätze bei Verkehrsunfällen, böswilligem Alarm und Hilfeleistungen fanden statt. Bereitschaftsdienst an 56 Tagen, Theater- und Sicherheitswachen 88mal.

8. Gebäude

Neu erworben wurden das Anwesen der Nekermüllerei, Metzgergasse 11 (Abbruch) und im Tausch gegen Breuningstraße 9 das Gebäude Wöhrdstraße 11.

Ferner wurden die Restitutionsverfahren einer

Reihe von Verbindungshäusern im wesentlichen zum Abschluß gebracht. Da im vergangenen Jahr das studentische Leben in Tübingen eine wesentliche Entwicklung nahm, ein großer Teil der ehemaligen Korporationen sich aus neu konstituierte, zum ändern sich studentische Gemeinschaften neuer Art, wie Leibniz-Kolleg entfalteten, lag es im Interesse unseres akademischen Nachwuchses, solchen Verbindungen und Gemeinschaften nach Möglichkeit die Verbindungshäuser zurückzugeben, bzw. neue Räume zu schaffen. Die Stadtverwaltung hat in allen Fällen, an denen sie beteiligt war, darauf hingewirkt, daß im Rahmen einer loyalen Regelung ehemalige Verbindungshäuser an die Altherrenschaften zurückgegeben wurden. Sie sah es als ihre Aufgabe an, die Alten Herren nach Möglichkeit in die Lage zu versetzen, die Verbindungen wieder aufleben zu lassen, um damit für einen Kreis von Studenten sorgen zu können.

Von besonderer Bedeutung ist die Restitution des Stuttgardia-Hauses, das dem Jugendherbergswerk und den Jugendverbänden vorläufig als Ersatz für das von der Landespolizei belegte „Haus der Jugend“ zur Verfügung gestellt worden war; dem Jugendherbergswerk und den Jugendverbänden droht nun der Verlust dieser provisorischen Unterbringung.

9. Fleischbeschau

Das Städt. Fleischbeschauamt hat im Jahre 1950 bei insgesamt 12 562 Stück Schlachtvieh (im Vorjahr 8504) die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen. Die Schlachtungen haben gegenüber dem Vorjahr um 28 Prozent zugenommen. Im Vergleich zu 1933 haben die Schlachtungen nunmehr nahezu den Vorkriegsstand erreicht.

Nach dem letzten großen Seuchenzug in den Jahren 1937 und 1938 ist am 28. November 1950 im Schlachthof Tübingen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. (Gleichzeitig ist die Maul- und Klauenseuche an den Schlachthöfen Stuttgart, Ludwigsburg und Eßlingen sowie im Kreis Tübingen in Dettenhausen und im Kreis Wangen festgestellt worden.) Die Seuche ist vermutlich über einen nordwürttembergischen Schlachthof eingeschleppt. Durch die sofort eingeleiteten veterinärpolizeilichen Seuchenmaßnahmen mit der Sperrung des Tübinger Schlachthofs, der sofortigen Abschachtung sämtlichen Schlachtviehs und der Tötung der im Stadgebiet Tübingen und Lustnau aufgetretenen Seuchenfälle konnte eine größere Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche im Tübinger Bereich verhindert werden. Als besondere Seuchenmaßnahmen sind im Stadinneren und in Lustnau Sperrbezirke errichtet und Schutzimpfungen sämtlicher Klauentiere durchgeführt worden. Insgesamt wurden abgeschlachtet:

Im Schlachthof Tübingen	30 Rinder
in Tübingen-Stadt	12 Tiere
in Lustnau	3 Tiere
in Derendingen	—

VIII. STADTWERKE

Die Aufwärtsentwicklung des Strom-, Gas- und Wasserverbrauchs ging auch im Jahre 1950 weiter. Andererseits machten sich die Erhöhungen der Löhne, der Kohlenpreise, Frachten und Baustoffe wesentlich bemerkbar.

1. Das Elektrizitätswerk setzte mit 20 Millionen Kilowattstunden 20 Prozent mehr Strom als im Vorjahr um. Besonders stark war die Zunahme des Strombedarfs beim Handel und Gewerbe, die 73 Prozent mehr Strom verbrauchten als im Vorjahr. Bei der Industrie betrug die Zunahme 30 Prozent, während die Haushaltungen nur mit 5,5 Prozent Zunahme beteiligt waren.

1,5 Millionen Kilowattstunden wurden aus Wasserkraft mehr erzeugt als im Vorjahr. Die Wasserverzeugung deckte ein Drittel des Strombedarfs der Stadtwerke. Zwei Drittel wurden von der „Energieversorgung Schwaben“ bezogen.

Der starke Anstieg des Stromverbrauchs beweist, wie notwendig der vom Gemeinderat beschlossene Ausbau der Stromversorgungsanlagen und die Umstellung von Gleichstrom auf Drehstrom ist. Dieser Ausbau wurde im abgelaufenen Jahr stark vorangetrieben. Es wurde im Kraftwerk an der Rappenberghalde eine neue Anlage zur Verteilung von Strom mit 15 000 Volt erstellt und im Neckarwerk an der Brückenstraße die Verteilungsanlage für Hochspannung beträchtlich ausgebaut. Dabei wurde im Neckarwerk ein zweiter Transformator von 2500 kVA-Leistung in Betrieb genommen. Das Hochspannungskabelnetz wurde um 4700 m Erdkabel, das Niederspannungskabelnetz um 1600 m Erdkabel verlängert und 8000 m Drehstromfreileitungen gebaut, bzw. verstärkt. Beim Umlandbad und in

Derendingen wurden neue Transformatorstationen in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres wurden die Hauptpost und der Hauptbahnhof sowie eine ganze Reihe von Gewerbebetrieben von Gleichstrom auf Drehstrom umgestellt.

Im Januar 1950 wurde mit der Universität der Vertrag über die Umstellung der Kliniken und Universitätsinstitute von Gleichstrom auf Drehstrom abgeschlossen, ferner ein Vertrag mit den Max-Planck-Instituten für Biochemie an der Melancthonstraße und Biologie an der Corrensstraße. Bereits im November 1950 konnten drei Transformatorstationen der Universität und der KW-Institute in Betrieb genommen werden. Vom Staat wurden unter Beihilfe der Stadtwerke etwa 6000 m Niederspannungskabel für die Versorgung der Kliniken und Institute aus diesen Stationen verlegt. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, in diesem Jahr wesentliche Teile der Universitätsanlagen von Gleichstrom auf Drehstrom umzustellen. Auch die betriebseigene Trafostation der Astra-Wollwerke an der Bismarckstraße wurde an das Hochspannungsnetz der Stadt angeschlossen.

136 neue Hauszuleitungen wurden an das Stromnetz angegliedert.

2. Der Gasumsatz überschritt im Jahr 1950 die 5-Millionen-Grenze. Der Absatz ist gegen das Vorjahr um 11 Prozent gestiegen. Die Zunahme bei den Haushaltungen beträgt 10,5 Prozent, die Industrie hat 18 Prozent mehr bezogen. Jedoch ist der Anteil der Industrie an der Gesamtmenge nicht so groß wie beim Strom.

Der Gaslieferungsvertrag mit Reutlingen ist leider immer noch nicht unter Dach und Fach.

Im Zuge der Erschließung neuer Straßen und der starken Bautätigkeit dieses Jahres wurden 2000 m Gasleitungen in Straßen verlegt und 124 Hausleitungen an das Gasnetz angeschlossen. Ferner wurden in der Neckarhalde 145 m einer alten Gasleitung durch leistungsfähigere Rohre ersetzt.

Die beiden Gasbehälter von 6000 und 4000 cbm im Gaswerk wurden gründlich überholt und erhielten neue Glockendecken.

3. Die Wasserförderung betrug 2,3 Millionen cbm. Sie ist gegen das Vorjahr nur um ein Prozent gestiegen, obwohl 10 Prozent mehr Wasser an die Verbraucher abgegeben wurden. Dies wurde durch Verringerung der Wasserverluste erreicht.

Zur Sicherung der Wasserversorgung wurden die Pumpwerke in der „Au“ mit dem Pumpwerk im „Großholz“ durch eine 2750 m lange Leitung von 300 mm lichte Weite verbunden.

Zur Versorgung der neuen Wohnbauten wurden 2200 m (i. Vj. 2400 m) Leitungen in Straßen verlegt und 148 Hausleitungen an das Rohrnetz angeschlossen. In der Neckarhalde wurden 300 m der fast völlig zugewachsenen Wasserleitung durch neue Rohre von größerem Querschnitt ersetzt und damit die Wasserversorgung in Neckarhalde und Biesinger erheblich verbessert.

128 Wassermesser wurden gesetzt. Es wird angestrebt, überall den Pauschalverbrauch durch Verbrauch nach Wassermessung zu ersetzen, um alle Abnehmer gleichmäßig zu behandeln.

Die Häuser der beiden Pumpwerke in der Au wurden gründlich überholt und die erheblichen Bombenschäden beseitigt. Ferner wurde der Schutzwald um die Pumpwerke durchforstet und mit Gras eingesät. Die südöstlich des Schutzwaldes liegenden Bombentrichter wurden zugeschüttet, um Einschwemmungen in das Grundwasser zu verhindern. Die Festlegung der Schutzwasserzone bleibt noch künftiger Beratung vorbehalten.

4. Es ist damit zu rechnen, daß demnächst auf Grund der Erhöhungen der Löhne (1. 10. 1950), der Kohlenpreise (15. 11. 1950), Baustoffe und

Bahntarife auf den einen oder anderen Versorgungszweig auch Tarifierhöhungen eintreten. Die Verhandlungen auf Bundesebene darüber sind aber noch nicht abgeschlossen.

5. Die Arbeiten an der DM-Eröffnungsbilanz der Stadtwerke per 20. 6. 48 stehen vor dem Abschluß. Die Bilanz wird demnächst dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

6. Mit Beginn des neuen Kalenderjahres geht die Verwaltung der Bäderbetriebe (Uhlbad und Freibad) auf die Stadtwerke über. Für das Kalenderjahr 1950, in dem noch die Stadtpflege die Verwaltung des Uhlbades hatte, ist folgendes zu berichten:

Nach Inbetriebnahme der erweiterten Kesselanlage wurde das Dampf- und Heißluftbad im August wieder eröffnet. Daß dies einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprach, beweist der erfreulich gute Besuch des Dampfbads (durchschnittlich 300 Bäder monatlich).

Im Schwimmbad konnten im Sommer Verbesserungen der Umkleidekabinen vorgenommen werden. Einzelkabinen und Sammelumkleideraum wurden in zweckmäßiger Weise neu gestaltet. Für besonderen Besucherandrang stehen Wechselkabinen zur Verfügung. Im Schwimmbecken wurden durch Entfernen der festen Einstiegstreppe sportgerechte 25-m-Bahnen geschaffen. Seit der Wiederöffnung des Schwimmbads am 1. September 1950 ist ein auffälliges Ansteigen der Zahl der Schwimmbadbesucher zu verzeichnen. (April: 3630, November: 6488.)

Besucherzahl des Uhlbades im Kalenderjahr 1950

Schwimmbad	49 700 (1½ Monate geschlossen)
	10 800 (Vereinstunden) = 20 %
Brausebad	20 100
Wannenbad I. Kl.	
u. Mediz. Bäder	21 200
Wannenbad II. Kl.	27 800
	129 600 (i. Vj. 87 000)

IX. PERSONAL- UND ORGANISATIONSFRAGEN

1. Organisatorische Veränderungen

Gegenüber dem Vorjahr sind von den Kriegsfolgeämtern in Wegfall gekommen und dadurch personelle Entlastungen eingetreten

- a) Requisitionsabteilung am 1. 2. 1950 an Landratsamt
 - b) Ernährungsamt (aufgelöst)
 - c) Wirtschaftsamt (aufgelöst)
 - d) Brennholzstelle (aufgelöst)
- Geblichen sind noch von den Kriegsfolgeämtern:
- a) Wohnungsamt (1 Beamter, 10 Angestellte) (i. Vj. 2 Beamte, 11 Angestellte)
 - b) das dem Sozialamt angegliederte Soforthilfearmt.

2. Zahl der Beschäftigten

Stichtag	Beamte		Angestellte		Arbeiter		Zusammen		Insgesamt
	Stadt	Werke	Stadt	Werke	Stadt	Werke	Stadt	Werke	
Anfang 1949 (1. 1. 1949)	53	7	243	37	220	91	516	135	651
Anfang 1950 (24. 2. 1950)	55	8	204	33	221	69	480	110	590
Ende 1950 (1. 12. 1950)	56	9	193	35	218	70	467	114	581
gegenüber Anfang 1949 mehr/weniger	+ 3	+ 2	- 50	- 2	- 2	- 21	- 49	- 21	- 70

In der Zahl 581 als Gesamt-Beschäftigte sind 23 halbbeschäftigte Kräfte enthalten. An Voll-Beschäftigten sind also in städtischen Diensten 558 Personen.

3. Beamte

Seit Anfang des Jahres (Stichtag 24. 2. 1950) sind folgende Veränderungen eingetreten:

- Ausgeschieden:
 - Stadtoberinspektor Gäbele (Hauptamt)
 - Stadtsinspektor Gräter (Stadtpflege) — 2 Beamte
- Ruhestand:
 - Stadtkammerrat Schlichtenmayer (Sozialamt) — 1 Beamter
- zusammen — 3 Beamte

Neueinstellungen bzw. Übernahme ins Beamtenverhältnis:

- Revierförster Fritz (Stadtpflege)
- Stadtsinspektor Rausch (Stadtpflege)
- Stadtsinspektor Mienhard (Stadtpflege)
- Stadtsinspektor Trommer (Sozialamt)
- Stadtsinspektor Kille (Stadtwerke) + 5 Beamte
- somit + 2 Beamte

4. Angestellte

Bei den Angestellten ist ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, der in der Hauptsache auf

Neu geschaffen wurden:

- a) die Stadtplanungsabteilung mit Stadtplaner Beicher und 1 Angestellten,
- b) die Bauratschreiberei mit StOI. Luz und 1 Angestellten,
- c) die selbständige Geschäftsstelle Derendingen ab 4. Dezember 1950.

Verstärkt wurde das Personal bei:

- a) Stadtpflege
 - b) Stadtmessung
 - c) Hochbauamt
 - d) Tiefbauamt
- infolge erhöhter Bautätigkeit.

Die Diensträume verschiedener Ämter konnten besser zusammengefaßt werden.

Einsparung von Stellen zurückzuführen ist. Im besonderen ist noch zu erwähnen, daß die Angestellten des früheren Wirtschafts- und Ernährungsamtes sowie der Brennholzstelle bis auf 2 untergebracht bzw. ausgeschieden sind.

Durch strenge Auswahl bei Neueinstellungen soll die Leistungsfähigkeit gehoben werden, so daß dann damit zu rechnen ist, daß die Zahl der Angestellten weiterhin rückläufig bleibt.

5. Arbeiter

Die Zahl der Arbeiter bewegt sich auf der gleichen Höhe wie zu Beginn des Kalenderjahres. Trotz der erhöhten Anforderungen ist zu hoffen, daß auch im kommenden Jahr mit einer gleichbleibenden Zahl von Arbeitern alle Aufgaben bewältigt werden können.

Im besonderen wäre noch zu erwähnen, daß eine Reihe von älteren Arbeitern, die wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheiden, durch junge Kräfte ersetzt werden, so daß mit einer Auflockerung der Überalterung gerechnet werden kann.

6. Besoldungs- und Tarifänderungen

Durch die weiter fortschreitende Erhöhung der Lebenshaltungskosten sind im Jahre 1950 fol-

gende Änderungen der Besoldungs- und Tarifordnungen ergangen:

- a) Beamte: Die Teuerungszulage an alle Beamte mit einem monatlichen Grundgehalt bis zu 300 DM von 20 DM monatlich für die Zeit vom 1. 10. 1950 bis 31. 1. 1951 (landesgesetzliche Regelung ist am 21. 12. 1950 verabschiedet), ferner eine Weihnachtsgratifikation.
- b) Angestellte und Arbeiter: Tarifliche Teuerungszulage für die Zeit vom 1. 10. bis 30. 11. 1950.
 - 1. Angestellte 20 DM monatlich bis zum Grundgehalt von 350 DM monatlich,
 - 2. Arbeiter 0,09 DM Zulage je Stunde, ferner eine Weihnachtsgratifikation.

7. Ruhelohnordnung

Besonders hervorzuheben ist die Verabschiedung einer vorbildlichen „Ruhelohnordnung“ der Stadt Tübingen für Arbeiter und Angestellte durch den Gemeinderat. Danach erhalten die Arbeiter und Angestellten bzw. ihre Witwen und Waisen Ruhelöhne sowie Witwen- und Waisengeld mit einer Staffelnach der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Stadtverwaltung und nach ihren letzten Einkommensbezügen. Der Grundgedanke der Ruhelohnordnung besteht darin, daß diesen früheren Arbeitern und Angestellten der Stadtverwaltung und ihren Hinterbliebenen das Existenzminimum gewährleistet ist. Auf die festgesetzten Ruhelohnbezüge wird deshalb mit wenigen Ausnahmen das sonstige Einkommen, insbesondere aus Sozialrenten und Leistungen der Zusatzversorgungskasse angerechnet. Die Berechnung der Ruhelöhne ist in vollem Gange und wird in Kürze abgeschlossen. Die Ruhelohnordnung ist mit Wirkung vom 1. April 1950 in Kraft getreten. Die zu zahlenden Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder betragen für das Rechnungsjahr 1950 zirka 30 000 DM. Gegenüber den bisher gezahlten Gratualien bedeutet dies einen Mehraufwand von etwa 15 000 DM.

8. Stellenpläne

Entsprechend dem Stellenplan für Beamte und Angestellte ist nun auch ein Stellenplan für Arbeiter in Angriff genommen. Die Vorarbeiten hierfür werden bis Anfang 1951 abgeschlossen sein, so daß demnächst in die Beratung hierüber eingetreten werden kann.

9. Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat

war auch in der Berichtszeit reibungslos. Neuwahlen fanden mit Ausnahme der Wahl des Betriebsratsvorsitzenden nicht statt. Ruhelohnordnung, Tarifierhöhungen und Weihnachtsgratifikationen sind mit ein Verdienst der Aktivität unseres Betriebsrats.

10. Verhältnis zur Besatzungsmacht

Die Beziehungen zur Besatzungsmacht haben sich weiterhin befriedigend gestaltet. Im Zuge der Entwicklung der weltpolitischen Lage ist für Tübingen eine verstärkte Truppenbelegung vorgesehen, die sich durch den Ausbau der Kasernen und zusätzlichen Wohnungsbau für Besatzungsangehörige bemerkbar macht. Je 24 Offiziers- und Unteroffizierswohnungen sind in zwei Gebieten der Stadt im Bau. Das Verhältnis der Wohnungsbeschlagnahme vom 1. Januar bis 31. Dezember 1950 stellt sich wie folgt dar:

	1. Jan.	31. Dez.	mehr	weniger
Gebäude	58	36	—	22
Wohnungen	497	439	—	58
Zimmer	297	202	—	95
Magazine und Gaststätten	27	25	—	2
Garagen	112	146	34	—

Die Requisition von Baugelände für Besatzungswohnbauten machte anfangs Schwierigkeiten und löste Unruhe bei der Bevölkerung aus. Durch Eingreifen der Landesregierung und des Bundes ist baldige Klärung und Befriedigung der Wünsche der Betroffenen zu erwarten.

Von dem 4 Jahre amtierenden Kreisdelegierten, Herrn Oberst Brochu hat sich der Gemeinderat am 18. Dezember 1950 mit warmempfundener Dank für sein loyales Wirken verabschiedet.

11. Die Zusammenarbeit mit Staatsregierung, Behörden der Landesverwaltung sowie anderen Körperschaften und Vereinigungen

war auch im abgelaufenen Kalenderjahr besonders ersprießlich. Neben dem erfreulichen Kontakt zu Presse und Rundfunk sei vor allem das gute Zusammenarbeiten mit dem Kreisverband unter der Leitung seines be-

währten Herrn Landrat Zaher erwähnt. Wir danken ihm und den entscheidenden Instanzen der Kreisverwaltung viel bei der Betreuung unserer sozial Bedürftigen. Auch möchten wir herzlich die finanziellen Beiträge des Kreises für die auswärtigen Schüler und den Freibadbau anerkennen.

Unabhängig von den persönlichen Beziehungen wird das kommende Jahr hoffentlich die erwartete Abklärung der beiderseitigen Aufgabengebiete zwischen Stadt Tübingen und Landratsamt bringen. Bekanntlich ist in Art. 11 der Kreisordnung vorgesehen, daß den unmittelbaren Kreisstädten wie Tübingen für ihr Gebiet die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde zur Erfüllung nach Anweisung übertragen werden. Jedoch kann das Innenministerium durch Verordnung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien für einzelne Aufgabengebiete eine anderweitige Regelung treffen.

Über den Entwurf dieser Verordnung ist im Jahre 1950 durch Herrn Stadtdirektor Asmuß als Vertreter der Stadt eingehend verhandelt worden. Eine abschließende Verständigung zwischen Innenministerium und unmittelbaren Kreisstädten konnte noch nicht erzielt werden, da einige wesentliche Sachgebiete noch umstritten sind. Die Stadt Tübingen und die drei anderen unmittelbaren Kreisstädte Reutlingen, Ravensburg und Schweningen legen aber auf eine Ausdehnung ihrer Zuständigkeit im Rahmen von Art. 11 der Kreisordnung erheblichen Wert, nicht etwa aus

Prestige Gründen, sondern lediglich im Interesse ihrer Bevölkerung und im Interesse der Verwaltungsvereinfachung. Diese Vereinfachung tritt ein, wenn eine Reihe von Angelegenheiten, die ohnedies von den Verwaltungen der unmittelbaren Kreisstädte, zum Teil auch von den Gemeinderäten nach bisherigem Recht vorbehandelt und vorberaten werden müssen, künftig von den Städten auch vollends entschieden und nicht den Landratsämtern zur weiteren Behandlung und Entscheidung vorgelegt werden müssen.

Es ist dringend zu hoffen, daß die Zuständigkeitsregelung, die auf 1. April 1951 in Kraft gesetzt werden soll, bis dahin vollends bereinigt ist und daß dabei den kommunalen Erfordernissen die nötige Beachtung geschenkt wird.

12. Das Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit

Beseitigte mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 die Befugnis der Bürgermeister zur Verhängung von Polizeistrafen. Nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung wurde sie den Amtsgerichten übertragen.

Im Jahre 1949 wurden noch in 317 Fällen Geldstrafen im Betrage von 1194 DM ausgesprochen. Bis 1. Oktober 1950 waren es 221 Strafverfügungen mit 1055 DM. Nunmehr hat die Stadtverwaltung nur noch Strafverfügungen zu machen. Die Festsetzung der Strafen und die Einziehung der Geldbeträge erfolgt künftig zugunsten des Justizfiskus.

X. STADTEILE LUSTNAU UND DERENDINGEN

1. Allgemeines

Die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Ortsausschüssen von Lustnau und Derendingen war auch im vergangenen Jahr reibungslos. Dank der tatkräftigen Mitarbeit der Leitung der Geschäftsstellen beider Stadteile konnten zahlreiche Angelegenheiten dieser Vororte befriedigend erledigt werden.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17. Juli 1950 beschlossen, die Leitung der beiden Geschäftsstellen zu trennen und den bisherigen gemeinschaftlichen Geschäftsstellenleiter, Stadtoberinspektor Stegmaier, zum Geschäftsstellenleiter des Stadtteils Lustnau zu bestellen.

Laut Gemeinderatsbeschluss vom 27. November 1950 wurde als kommissarischer Leiter der Geschäftsstelle Derendingen der städtische Angestellte Fritz Schäberle bestellt, der am 4. Dezember seinen Dienst angetreten hat.

2. Ortsausschuß Derendingen

Der Ortsausschuß Derendingen entwickelte eine rege Tätigkeit und befaßte sich mit allen den Vorort berührenden Fragen. Es fanden bis Ende Dezember 24 Ortsausschußsitzungen mit 168 Beratungsgegenständen statt. Ortsbesichtigungen waren es 7.

Die meiste Zeit nahm die Behandlung von Wohnungsfällen in Anspruch. Im Stadtteil Derendingen sind im vergangenen Jahr im Verhältnis zu den Stadtteilen die wenigsten Wohnungen frei geworden, so daß verschiedene dringende Wohnungsfälle nicht gelöst werden konnten.

Der Wohnungsbau war, abgesehen von dem sozialen Wohnungsbau in der Gartenstadt, der vor allem Kriegsbeschädigten und Lastenausgleichsberechtigten zugute kommen wird, sehr gering. Es wird angestrebt, den Wohnungsbau in Derendingen zur Entlastung des örtlichen Wohnungsmarktes durch Bereitstellung geeigneten Baugeländes zu fördern. Zurzeit ist der Vorrat an städtischen Bauplätzen so gut wie aufgebraucht.

3. Geschäftsstelle Derendingen

Die Geschäftsstelle hat sich der Einwohner des Stadtteils in allen Fragen des öffentlichen und privaten Rechts angenommen und die Verbindung mit den einzelnen städtischen Ämtern vermittelt. Soweit sie nicht zuständig war, hat sie die städtischen Ämter bestmöglich unterstützt und den Verkehr zur Einwohnerschaft von Derendingen vermittelt, sowie die notwendigen Erhebungen, Vernehmungen usw. durchgeführt.

a) Standesamt:

Eingetragen wurden

	Geburten	Eheschl.	Sterbefälle
Dazu Klinikfälle	5	22	12
	27	—	2
zusammen	32	22	14

b) Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung

aufgerechnete und neu ausgestellte Quittungskarten	340 Stück
aufgerechnete und neu ausgestellte Angestellten-Versicherungskarten	48 Stück
Unfalluntersuchungen	17 Stück
Rentenanträge	10 Stück

Die Zahl der Sozialrentenempfänger beträgt 168.

c) Sühneamt

Die Zahl der Sühneversuche betrug 5, davon 2 mit Erfolg.

d) Wohnraumbewirtschaftung

Die Geschäftsstelle hat die angefallenen Wohnungsfälle nicht nur an Hand der Akten, sondern an Ort und Stelle geprüft und die Stellungnahme des Ortsausschusses herbeigeführt. Vorschläge des Ortsausschusses konnten im allgemeinen berücksichtigt werden. Die Zahl der Wohnungssuchenden beträgt in Derendingen 67 (i. V. 38). Vom 1. 1. bis 31. 12. 1950 wurden 27 Wohnungen zugeteilt, darunter an 15 Heimatvertriebene.

e) Interessante Ereignisse:

Bürgerversammlung am 3. Januar 1950 Berufung des Rektors W. Hansis aus Denkendorf zum Rektor der christlichen Gemeinschaftsschule; Erweiterung der Gartenstadtsiedlung um 13

Bauten mit 52 Wohneinheiten; Errichtung einer modernen Mietwaschküche durch Spar- u. Darlehenskasse; erstes allgemeines Kinderfest nach dem Kriege am 9. Juli 1950; Gauthurnfest des Achalmgaues und 50jährige Jubiläumsfeier des Turnvereins Derendingen am 1./2. Juli 1950; Internationales Radballturnier anlässlich des 45-jähr. Jubiläums des Radfahrvereins Derendingen am 23. September 1950.

4. Ortsausschuß Lustnau

Der Ortsausschuß hat bis Ende Dezember 26 Sitzungen mit 407 Beratungsgegenständen abgehalten und 10 Ortsbesichtigungen vorgenommen. In der Hauptsache befaßte sich der Ortsausschuß Lustnau mit denselben Angelegenheiten wie der Ortsausschuß Derendingen.

5. Geschäftsstelle Lustnau

a) Standesamt:

Eingetragen wurden

	Geburten	Eheschl.	Sterbefälle
Dazu Klinikfälle	23	55	27
	31	—	12
zusammen	54	55	39

b) Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Aufgerechnete und neue Quittungskarten	348 Stück
Ausgestellte u. neue Angestelltenversicherungskarten	66 Stück
Unfalluntersuchungen	26 Stück
Rentenanträge	23 Stück

Die Zahl der Sozialrentenempfänger beträgt im Stadtteil Lustnau 449.

c) Sühneamt:

Im vergangenen Jahr wurde ein erfolgreicher Sühneversuch abgehalten.

d) Wohnraumbewirtschaftung

Gegenüber dem Stadtteil Derendingen hat die Wohnraumbewirtschaftung in Lustnau keine so großen Sorgen bereitet, weil in Lustnau mehr Wohnungen gebaut, auch mehr Altwohnungen frei wurden. Die Zahl der Wohnungssuchenden beträgt 109 (i. V. 74). In der Zeit vom 1. Januar bis 28. Dezember 1950 wurden 62 Wohnungen zugeteilt. In dieser Zeit wurden 68 Heimatvertriebene untergebracht.

e) Interessante Ereignisse in Lustnau:

Bürgerversammlung am 4. Januar 1950; Neues Glockengeläute der Kirche; Verbreiterung der Bebenhäuser Straße; Verlegung von Teilen des Statistischen Landesamtes nach Lustnau; Umfangreiche Erweiterungsbauten der Lustnauer Industriebetriebe (Frottierweberei, M. Jope & Co. und Gebr. Queck); neue Beschilderung der Verkehrsanlage beim Adler.

SCHLUSS

Meine Damen und Herren!

Der aufgezeichnete Rechenschaftsbericht, der Sie in groben Zügen und mit manchem Detail an unsere Tagesarbeit erinnern sollte, klingt für manchen vielleicht als zu schön und zu erfolgreich gefärbt. Ich glaube aber bei meiner sprichwörtlich gewordenen Sachlichkeit diesen Verdacht zurückweisen zu dürfen. Was ich wollte, das war, Ihnen nochmals das Wesentliche unserer kommunalen Arbeit des Jahres 1950 vor Augen geführt zu haben.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen! Nicht nur unsere Lage in Westdeutschland und in der engeren Heimat ist besorgniserregend, sondern die gesamte weltpolitische Lage ist undurchsichtig und voll der Spannungen und Krisen.

Wollen wir Vertrauen zu unserer staatspolitischen Führung und unseren Parlamenten haben, daß sie uns und der Welt den Frieden erhalten können!

Möge Gottes Segen ebenso gnädig über unserer gemeinsamen Arbeit in der vor uns liegenden Zeit ruhen wie in den vergangenen 5 Jahren! Das walte Gott!

Tübingen, 15. Januar 1951.

(gez.) Dr. Mülberger
Oberbürgermeister